

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist die Expedition, Neue Gassenstr. 8/6, und durch Fernverkäufe zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.31.

# Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt: für die erste Spalte 40 Pf., für die zweite 30 Pf., für die dritte 20 Pf., für die vierte 15 Pf., für die fünfte 10 Pf., für die sechste 5 Pf., für die siebente 3 Pf., für die achte 2 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf., für die einhundertste 1 Pf., für die zweihundertste 1 Pf., für die dreihundertste 1 Pf., für die vierhundertste 1 Pf., für die fünfhundertste 1 Pf., für die sechshundertste 1 Pf., für die siebenhundertste 1 Pf., für die achthundertste 1 Pf., für die neunhundertste 1 Pf., für die tausendste 1 Pf.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 31.

Breslau, Mittwoch, den 7. Februar 1912

23. Jahrgang

## Die Wahlen in Bayern.

Ein neuer Schlag gegen das Zentrum.

Es ist nicht ganz gelungen, die Mehrheit des Zentrums zu brechen, aber die schwarze Partei hat einen ersten Schlag aufs Haupt erhalten, den es sobald nicht wiederholen wird. Es waren bekanntlich bei den letzten Wahlen insgesamt 163 Mandate zu vergeben, von denen bisher 55 dem Zentrum, 21 den Liberalen, 23 den Sozialdemokraten, 16 den Konservativen und Landwirtebündlern, 3 dem bayerischen Bauernbund gehörten.

Zur Stunde, wo wir dies schreiben, sind 158 Wahlergebnisse bekannt, nur 5 fehlen noch. Es hat bisher ergebnisse:

- das Zentrum 84 Mandate,
- die Liberalen 33 Mandate,
- die Sozialdemokraten 29 Mandate,
- die Bauernbündler 7 Mandate,
- die Konservativen 5 Mandate.

Abgesehen von den 5 ausstehenden Mandaten stellt sich also die Rechnung bisher wie folgt:

### Rechte.

- Das Zentrum verliert 14 Mandate,
- die Konservativen verlieren 9 Mandate.

### Linke.

- Die Sozialdemokraten gewinnen 7 Mandate,
- die Liberalen gewinnen 9 Mandate,
- die Bauernbündler gewinnen 5 Mandate.

Nachdem die noch ausstehenden Kreise alle fünf der Rechte zufallen, bleibt ihr Verlust enorm, und die Zentrumskräfte werden alle stets auf dem Maße sein müssen, wenn sie ihre ziffernmäßig sehr schwache Majorität geltend machen wollen. Leider ist es dem gemeinsamen Ansturm der Gegner nicht ganz gelungen, diese Majorität zu besitzigen. 82 Stimmen stellen die absolute Mehrheit dar, über 81 verfügt das Zentrum schon jetzt. Es stellt sich natürlich jubelnd — trotz seiner großen Verluste.

Doch auf den ersten Schlag fällt kein Baum — aber der Anfang ist gemacht! Noch ein solcher Hieb und der schwarze Drache ist seiner Giftzähne beraubt, und Bayern hat die jahrzehntelange Herrschaft Herrschaft abgebrochen.

### Späteres Telegramm.

Berlin, 6. Februar. (Cor. P.-A.) Bei den gestrigen Wahlen in Bayern wurden gewählt 87 Zentrum, 7 Konservative und Bund der Landwirte, 35 Liberale und deutsche Bauernbündler, 30 Sozialdemokraten und 4 bayerische Bauernbündler.

Das Zentrum und die Konservativen besitzen nicht mehr die zu Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit. Sie verfügten im alten Landtag über 114 Sitze und haben jetzt noch 94, also zwanzig weniger!

Von Einzelheiten wird gemeldet, daß der schwarze Drucker in Immenstadt wiedergewählt wurde, die beiden Kempfener Kreise aber zu den Zentrumsgegnern umschwenkten. Der liberale Casselmann

wurde in Vayreuth, Müller-Meinungen in Hof wiedergewählt. München-Land wurde von den Sozialdemokraten dem Zentrum abgenommen, Pflücker konnte sich in Passau halten, aber Doktor Schädel wurde in Bamberg abgeklärt.

### Das Ministerium reicht seine Entlassung ein.

Zu einer allgemein überraschenden, auffälligen Maßnahme hat sich die bayerische Regierung am Tage der Wahlen selbst entschlossen, indem das Gesamtministerium wenige Stunden vor dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses sein Entlassungsgesuch einreichte.

Zur Aufklärung über die Ursachen dieses merkwürdigen Schrittes wird bekanntgegeben:

Der Prinzregent hat in der Mittagsstunde des Wahltages den Thronfolger, Prinzen Ludwig, zur Besprechung zu sich berufen. Darnach fand ein Ministerrat statt, so daß man sofort annahm, daß die Demission des Gesamtministeriums der Regierung am Abend bekannt gegeben werde. Der Grund, weshalb das Gesamtministerium der Krone seine Demission gegeben hat, ist angeblich darin zu suchen, daß die Regierung die freie Entscheidung der Krone jedem Wahlausfall gegenüber gewahrt wissen wollte, und damit es nicht den Anschein gewinne, als sei in Bayern die Zeit des parlamentarischen Regimes ausgebrochen.

Das ganze mulet natürlich wie eine große Feigheit an, wenn es vielleicht auch nur „Vorbehalt“ als die Mutter der Weisheit darstellen soll. Die Regierung will sich die Möglichkeit einer Neubildung wahren für den Fall, daß das Zentrum mit ungeschwächter Majorität in den Landtag zurückkehrt, und dann den alten Ministern die Faust aufs Auge setzt. Man kennt in Bayern die Nachsicht und die Herrschsucht dieser frommen Seelen.

Aber diese Erklärung bessert wenig, wenn man sich die jämmerliche, besser nach Breußen passende Begründung ansieht: damit es nicht den Anschein gewinnt, als sei in Bayern die Zeit des parlamentarischen Regimes ausgebrochen. Das wäre auch wirklich zu schrecklich! Dabei haben die Verfassungskomitee der letzten drei Monate zur Evidenz gezeigt, daß die ganze Auflösung und die Wahlbewegung sich auf rein parlamentarischen Boden bewegte. Weil die Mehrheit des Landtages, die schwarze nämlich, mit dem Ministerium nicht mehr übereinstimmte und nicht mehr mit ihm arbeiten wollte, deshalb erfolgte die Auflösung und auch die so scheinbar begründete Demission ist nichts weiter, als ein Zugeständnis an die parlamentarische Regierungsform. Man will sich die Möglichkeit wahren, das Ministerium den neuen Mehrheitsverhältnissen anzupassen und dem Zentrum eventuell die ihm unangenehmen Minister zu opfern.

Dieses Benehmen kann vor der Hand nicht anders als ein Zurückweichen der Regierung vor den Schwarzen aufgefaßt werden, und hat auch die entsprechende Wirkung ausgeübt. In München und in den Provinzen hat die prüfliche Krise die größte Erregung hervorgerufen und die Erbitterung gegen das Zentrum nur gesteigert. Überall sind Wahlfalsche angeschlagen worden, in denen es unter anderem heißt: „Bewahrt das Land vor künftigen Konflikten!

Bewahrt das Land vor fortgesetzten Unruhen!“ Gerade die Liberalen hatten ja der gemeinsamen Falsch: „Nieder mit dem Zentrum“ noch die besondere Nuance hinzugefügt: „Befreiung der Regierung aus den Klauen der Schwarzen“, und sie sehen sich nun in einem Kampfe für die Regierung von der Regierung verlassen. Das dürfte noch schwere Stürme im Bayernlande geben.

Die nebenstehende Darstellung veranschaulicht das ungeheure Uebergewicht des Zentrums im alten Landtage, das jetzt wenigstens einigermassen reduziert ist. Das übrige bleibt dem bayerischen Volke noch zu tun.

Siehe auch „Neueste Nachrichten“.

### Politische Uebersicht.

#### Die preussische Steuernovelle.

die im wesentlichen nur die Einarbeitung der Zuschläge in das Steuergezet enthält, Gefängnisstrafe für hartnäckige Steuerhinterzieher vorsieht und die Unternehmer zwingen will, auch die Angestellten mit mehr als 3000 Mark Jahresgehalt der Steuerbehörde zu melden, wurde vom preussischen Abgeordnetenhaus am Montag recht unfreundlich aufgenommen. Die Reformer der Freikonservativen, Nationalliberalen und des Zentrums erklärten sich aus verschiedenen Gründen gegen die Erweiterung der Zuschläge, und von dem Konservativen v. Hennigs-Tschlin hörte man sogar eine Anzweiflung der Ewigkeit des Grundgesetzes: die indirekten Steuern dem Reiche, die direkten dem Staate. . . .

Ob das etwa schon das Zugeständnis bedeuten soll, daß die Konservativen für direkte Reichsteuern stimmen werden — sie würden sie ja nach ihren Grundsätzen einzurichten versuchen! —, oder ob sie am Ende gar auch für die Einzelstaaten Verbrauchsabgaben planen, blieb dunkel. Von Hennigs ist eher das zweite, nach den Sieben, die die Wähler den Konservativen erteilten, das erste anzunehmen! Man wird ja bald sehen. . . .

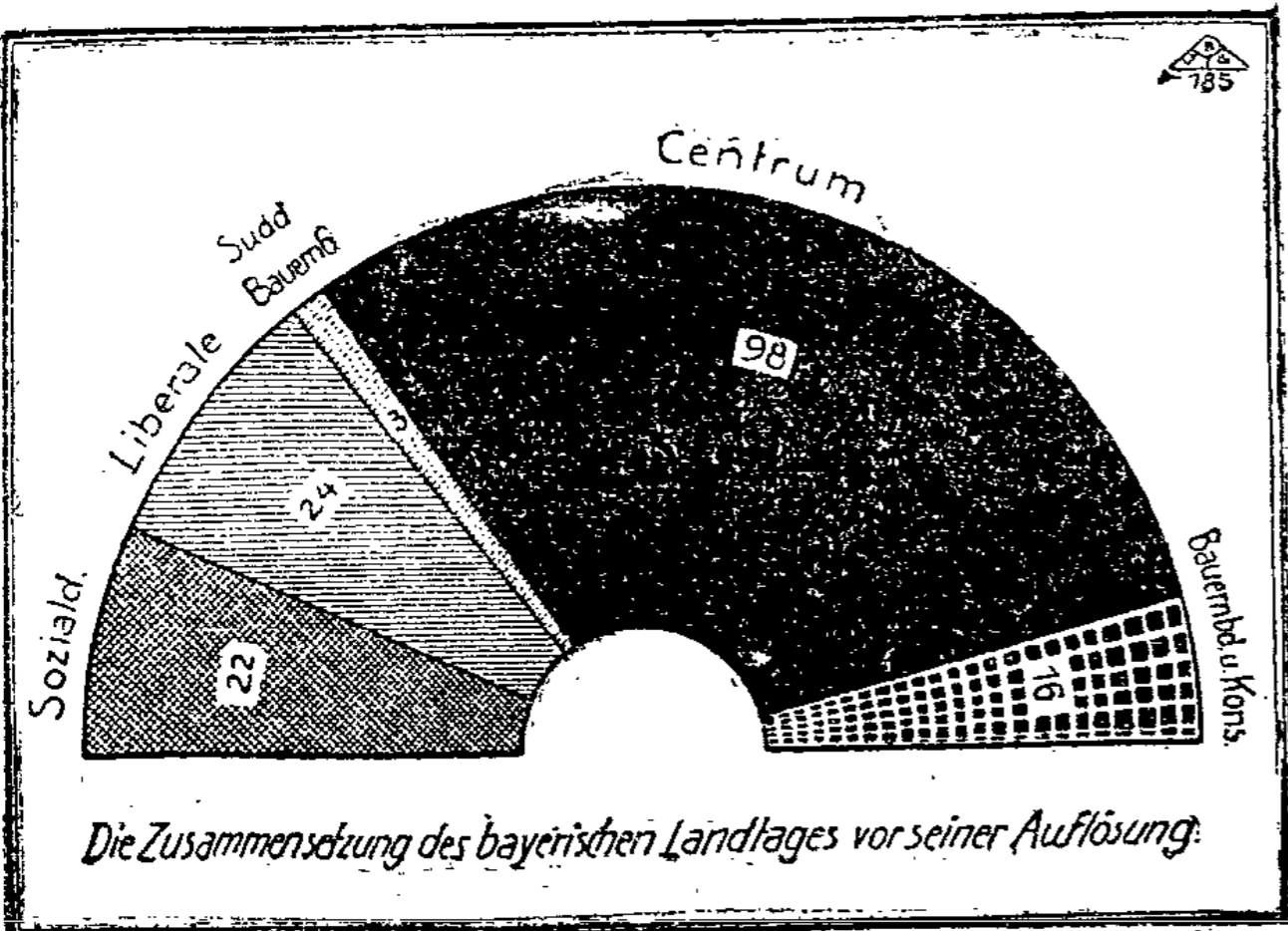
Genosse Hirsch unterzog in sachkundiger Rede, die vom Finanzminister in zweifelhafte Ausführungen befürwortete Vorlage und das ganze Steuerstystem sozialistischer Kritik. Er forderte Entlastung der Schwachen, stärkere Heranziehung der Reichen, und machte den Vorschlag, statt der Gefängnisstrafen die Konfiskation des abzüglich nicht versteuerten Vermögens und Einkommens über die Steuerhinterzieher zu verhängen. „Das können Jhnen passen!“, meinte selbsterkennend eine Staatsstütze. Den Zentrumsgrafen Spee, der in der Vorlage schon die Verwirklichung des Staatssozialismus in schärfster Form sieht, führte unser Genosse wichtig ab. Aber bezüglich für die Steuerhinterzieher der Weisenden ist es doch, daß fast nur die Sozialdemokraten in der Vorlage eine Verbesserung sehen. Freilich, den Geldscharakter des Dreiklassenwahlrechts kann sie, wie Hirsch nachwies, nicht antaßen. — Dienstag geht die Debatte weiter.

#### England und die deutschen Reichstagswahlen.

Die „Daily News“, ein Organ der englischen Regierung, beschäftigt sich in einem bedeutsamen Artikel mit der Rückwirkung der deutschen Reichstagswahlen auf die Beziehungen Englands zu Deutschland. In diesem Artikel heißt es:

Der gegenwärtige Augenblick verspricht große politische Möglichkeiten. Das deutsche Volk hat in einer überwältigenden Kundgebung in den Wahlen seine friedfertigen Absichten dokumentiert. Wenn auch die deutsche Regierung nicht wie die englische der Ausdruck des Volkswillens ist, so kann sie ihn doch nicht vollständig ignorieren. Im Gegenteil alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das offizielle Deutschland die gleiche Friedensbereitschaft hat, wie das demokratische. Es ist notorisch, daß der Kaiser den Frieden wünscht. Diese Haltung bringt ihn ständig in Konflikt mit der deutschen Fingopartei. Der Wunsch des Reichskanzlers, der ein einfacher offener Mann ist, und dessen politische Aufrichtigkeit man nicht anzweifeln darf, geht auf eine Verständigung mit England. Die Sympathien der deutschen Finanzwelt liegen in gleicher Richtung. Wir können also die Idee, Deutschland, sei es nun die Regierung oder das Volk, wüßte uns anzugreifen, als falsch zurückweisen. Allenfalls haben in England sich heute zugegeben, daß die deutschen Wahlen einen radikalen Umschwung in der englischen Stimmung verursacht haben. Das deutsche Schreckgespenst ist verschwunden und selbst die deutschfeindliche Presse ist zum Schweigen gebracht. Deutschland und England sind heute einer freundschaftlichen Verständigung näher, als sie es je während der letzten zehn Jahre gewesen sind. Der Kaiser und sein Volk haben bewiesen, daß sie keine aggressiven Absichten haben, und es ist nun an England seinerseits das gleiche zu beweisen.

Das liberale Blatt schlägt sodann eine Verständigung über die Bagdadbahn und die gesamte Balkanpolitik vor. Das kann man freudig begrüßen. Weniger entzückt wird man im Lager der Sozialdemokratie davon sein, daß uns auch der Besitz der portugiesischen Kolonien in Westafrika in Aussicht gestellt wird. Abgesehen von der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik wird man in diesem gut gemeinten Vorschlag die mit ihm verbundenen weltpolitischen Gefahren nicht verkennen dürfen. Die portugiesische Republik denkt nicht daran, ihre Kolonien zu veräußern und wir haben keine Sehnsucht nach einem deutschen Tripolis.



Dallwitz' Eibrechtstheorie.

Minister v. Dallwitz am 31. Januar 1912: Ein Beamter, der seinem Vorgesetzten den Treueeid geleistet hat, bricht diesen Eid (Sehr richtig! recht!) in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Befehle der Vorgesetzten einer antimonarchischen Partei zu folgen unternimmt. (Sehr richtig! recht!) Wenn ein Beamter nach dem Befehl für Ehre, Ansehen und Wohlstand in dem Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Sehr richtig! recht!) Das kann nicht gebildet werden.

Fürst Bismarck ließ ein, als die Konserativen in Frankfurt am Main ihn um eine Stichwahlparole telegraphierten: „Fürst wünscht Sabor“ (das heißt den sozialdemokratischen Kandidaten). Er hätte nach Herrn v. Dallwitz' Theorie vor Erteilung des Rates seinen Abschied nehmen müssen! Schade, daß Dallwitz zu spät kam, um ihm das bezeuglich zu machen.

Verbitterung im Offizierskorps.

Die „Nationalzeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift eines Offiziers, die sie selbst als „einen Schmerzensschrei aus kletterter Seele“ bezeichnet:

Schweigend ertragen die bürgerlichen Offiziere die Bevorzugung des Adels in der Armee. Über diese 20.000 Offiziere stehen doch nicht allein, sie haben Hunderttausende von Verwandten und Freunden, die diese Zurücksetzung mit Angrimm erdulden, und dieses Gefühl führt dazu, daß konservativere Bürgerliche liberal und sozialdemokratische Sozialdemokraten wählen, um diesen Zustand zu ändern.

Der Adel hat die maßgebenden Stellen besetzt, hat das Ohr des Kriegsherrn, warum sorgt er nicht dafür, daß diesem Zustand ein Ende gemacht wird, wenn ihm wirklich das Wohl des Staates wichtiger ist, als sein privates Interesse?

Einmal wird doch diesem unnatürlichen Verhältnis, daß der bürgerliche Offizier ein Offizier zweiter Klasse ist, ein Ende gemacht werden. Aber welche Nachteile hat bis dahin der Kampf darum dem Staate gebracht? Dies wird nur vermieden, wenn der Adel patriotisch genug ist, freiwillig auf seine unerbittlichen, die Armee und den Staat schädigenden Privatrechte zu verzichten.

Warum müssen alle Offiziere, die in höhere Stellen kommen, adelt werden? Ist ein bürgerlicher nicht würdig, solche Stellen zu bekleiden? Es ist jedesmal ein Schlag in das Gesicht aller bürgerlichen Offiziere.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob diese Offiziere, deren Verwandte anscheinend mit ihrer Zustimmung sozialdemokratisch wählen, ein besonderes Vergnügen daran fänden, sich gegen den inneren Feind gebrauchen zu lassen. Die Junker betrachten ja heute noch die Armee als ihre stärkste Stütze und wünschen, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die den ruhigen, gefestigten Weg vorzieht, eine Entscheidung auf der Straße herbeizuführen.

Wetterungen, wie die in der „Nationalzeitung“, sollten sie doch ein wenig bedenkt stimmen.

Höre des Herrn Wort.

Die 110 Sozialdemokraten im Reichstage werden von den Konservativen als das nationale Unglück angesehen, für das die Regierung verantwortlich gemacht wird. Doch alles Jellern hilft nichts, die 110 aus der Welt zu schaffen. Da kommt den Konservativen endlich der Messias in Gestalt

Reichstagsler Fürst Bismarck am 24. Januar 1882: Tak ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt, die Erfüllung seines Pflichten ist ihm selbst überlassen, er wird nicht durch die Partei zu folgen gezwungen, sondern es ist ja auch dem unternehm. (Sehr richtig! recht!) Die Freiheit der Wahlen ist ein heiliges Recht, das nicht durch die Partei zu verletzen ist. (Sehr richtig! recht!) Wenn ein Beamter nach dem Befehl für Ehre, Ansehen und Wohlstand in dem Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Sehr richtig! recht!) Das kann nicht gebildet werden.

eines Herrn Th. Wever aus Neustettin, der in der „Kreuzzeitung“, dem Junkerblatt, die Regierung anseht, einen allgemeinen Landeseid und Rettung zur Schwörung der roten Flut anzubieten. Der Sermon des Herrn Wever ist so interessant, daß wir trotz seiner Länge ihn den Lesern nicht vorenthalten wollen, da er einige humorvolle Augenblicke bereitet. Herr Wever schreibt:

Land, Land, Land, höre des Herrn Wort! Ich bin ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt, die Erfüllung seines Pflichten ist ihm selbst überlassen, er wird nicht durch die Partei zu folgen gezwungen, sondern es ist ja auch dem unternehm. (Sehr richtig! recht!) Die Freiheit der Wahlen ist ein heiliges Recht, das nicht durch die Partei zu verletzen ist. (Sehr richtig! recht!) Wenn ein Beamter nach dem Befehl für Ehre, Ansehen und Wohlstand in dem Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Sehr richtig! recht!) Das kann nicht gebildet werden.

Was haben wir zu tun? Wir müssen umkehren, ehe es zu spät ist, wir müssen zum Glauben der Väter zurückkehren; er ist die einzige Stärke, die uns heilen kann. Wir dürfen nicht als kumme Dunde zu der Verleugnung unseres allerheiligsten Glaubens schweigen, wir müssen viel entschiedener als bisher die Wahrheit bekennen, und als echte Protestanten gegen die Verleugnung unseres Glaubens protestieren. Das muß aber nicht bei kleineren Kreisen geschehen, unter ganzem Land muß ein Reformeifer abgehen. Wir bitten unsere oberste Kirchenbehörde, unbesümmert um den Zwang der Kirche, eine außerordentliche Landbesuchung zu beschließen und die Verleugnung unseres Glaubens zu beenden, das muß aber nicht bei kleineren Kreisen geschehen, unter ganzem Land muß ein Reformeifer abgehen. Wir bitten unsere oberste Kirchenbehörde, unbesümmert um den Zwang der Kirche, eine außerordentliche Landbesuchung zu beschließen und die Verleugnung unseres Glaubens zu beenden, das muß aber nicht bei kleineren Kreisen geschehen, unter ganzem Land muß ein Reformeifer abgehen.

Wir haben die Hoffnung verloren, daß ein außerordentlicher Bußtag auf die heutzutageigen Junker einen wohlthätigen Einfluß zu Gunsten des deutschen Volkes ausübt, was uns sehr nötig erscheint.

Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz.

Der Bundesrat hat den Entwurf eines neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, das seit langer Zeit erwartet wurde, angenommen und der Entwurf wird dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zugehen.

Bisher verlor ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit, wenn er sich zehn Jahre im Auslande aufhielt, wenn sein Name nicht in die Matrikel der Vertretung seines Heimatlandes eingetragen worden war. Auf diese Weise haben viele Deutsche im Auslande ihre Staatsangehörigkeit verloren, weil sie von den bestehenden Bestimmungen überhört keine Kenntnis hatten. Der Entwurf sieht nun vor, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit erst dann eintritt, wenn der Verlust der Staatsangehörigkeit nicht durch Bestimmung einer Formalität herbeigeführt werden soll, sondern durch Umstände bedingt sein muß, die den Willen des Beteiligten, seinem Vaterlande nicht mehr weiter anzugehören, deutlich erkennen lassen. Dieser Wille kann selbstverständlich nicht nur ausdrücklich, als durch einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsangehörigkeit erklärt werden; vielmehr

genügt ein Verhalten des Beteiligten, das mit dem staatsrechtlichen Verhältnis zu seinem Vaterlande nicht zu vereinbaren ist, daher als Verzicht auf die Staatsangehörigkeit anzusehen ist. Ein solches Verhalten erblickt der Gesetzgeber in dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und in der Nichterfüllung der Wehrpflicht. Eine Ausnahme wird insofern gemacht, als solchen Deutschen, die durch Rücksicht auf Erwerbsverhältnisse gezwungen sind, eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, die Verbehrung der bisherigen Staatsangehörigkeit genehmigt werden kann. Der Verlust der Staatsangehörigkeit tritt unter allen Umständen dann ein, wenn ein im Auslande lebender Deutscher bis zum Ablauf seines 31. Lebensjahres seine Militärverhältnisse nicht ins reine gebracht oder sich der Fahnenflucht durch Entfernung oder Fernbleiben von der Truppe schuldig gemacht hat. Um den Deutschen im Auslande die Erfüllung ihrer Militärpflicht zu erleichtern, ist in einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmilitärstrafgesetzes vorgesehen, daß überreiche Deutsche unter Umständen von der aktiven Dienstpflicht ganz befreit werden können, eine Möglichkeit, die auch auf die im europäischen Auslande lebenden Deutschen ausgedehnt werden soll.

Ferner sind noch insofern Erleichterungen vorgesehen als die Dienstpflicht auch bei den Schutzgebietsstruppen erfüllt werden kann. In Zukunft soll bei der Niederabnahme aller ehemaligen Deutschen und ihrer Nachkommen von dem Erfordernisse der Niederlassung im Inlande abgesehen werden. Eine weitere Vorschrift in dem Entwurf sieht vor, daß Witwen und geschiedene Ehefrauen, die ihre Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, nach Auflösung der Ehe wieder in den früheren Staatsverband zurückkehren können.

Freikonservative Wandlungen.

Es ist aufgefallen, daß bei den Staatsdebatten im preussischen Landtage der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz, die konservative Politik ziemlich scharf angriff und daß später sein Parteigenosse Kardorff in dasselbe Horn blies. Es wurden gleichzeitige freikonservative Anträge angekündigt, die als Basis dienen sollen für ein praktisches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien. Diese Anträge liegen nunmehr vor. Der erste geht dahin:

dem Landtag in der nächsten Session den Entwurf eines Wohnungsgesetzes zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die unter arbeitsmäßigen Verhältnissen lebenden Arbeiterfamilien vorzulegen.

In loser Verbindung mit diesem Antrage stehen zwei weitere Anträge:

eine Untersuchung herbeizuführen, auf welchem Wege durch Maßnahmen der Gesetzgebung den Nothständen des städtischen Realverbreits ein Ende gemacht werden könne und weiter

durch Abänderung des Kommunalabgabengesetzes sicherzustellen, daß Gebühren, die den Grundstückseigentümern auferlegt werden können, Verringerung durch Zwangsversteigerung finden können.

Ein anderer Antrag fordert von der preussischen Regierung:

daß sie im Bundesrat auf eine Abänderung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Seereisergänzungsgehalt nach der Richtung hinwirke, daß das Erbschaftsrecht vereinfacht und die Minderjährigkeit gegeben wird, bei der Aushebung die bürgerlichen Verhältnisse und die Minderjährigkeit der Wehrpflichtigen in weitgehendem Maße zu berücksichtigen.

Endlich wird verlangt,

die Regierung aufzufordern, dem Landtag den Entwurf eines Fideikommissgesetzes vorzulegen, durch den das öffentliche Interesse an einer sicheren und klaren Rechtsgrundlage für die Bildung und den Bestand von Fideikommissen ebenso wie an der Verhütung von Auswüchsen der fideikommissarischen Bindung gleichmäßig gewahrt wird.

Es ist zuzugeden, daß diese Anträge einen Fortschritt konservativen Politik im preussischen Abgeordnetenhaus bedeuten. Wenn auch die Hoffnung übertrieben sein mag, daß durch diese Anträge eine Abschwächung der Freikonservativen nach links zum Ausdruck komme. Die „Köln. Zig.“ steht übrigens der freikonservativen Kritik dieser von Heydebrand nicht übermäßig sympathisch gegenüber. Sie fürchtet dahinter ein Manöver, das den Zweck haben soll, in national-liberalen Kreisen die Anhänger zu fischen, die den Freikonservativen bei der letzten Reichstagswahl verloren gegangen sind.

Sturmflut.

Roman eines russischen Barockkämpfers von A. Arshaschew. Ins Deutsche übertragen von Adolf G. S.

„Diese köstliche Gesellschaft“, dachte Konischajew, ließ sich die Zähne zusammen und schritt bleich und erschlossen gerade auf die Soldaten zu. In diesem Augenblick fühlte er sich plötzlich von der ganzen Welt getrennt.

„Jetzt geht es los!...“ rief eine dumpfe Stimme in seinem Innern.

Aber die Soldaten hielten ihre Pferde plötzlich in Bewegung und traten dann in den Säulen schweigend und stand auf, während im Sonnenschein flitzend und fliegend zum Kai zurück.

„Oho, ho, ho!“ rief er auf allen Seiten Krämpfgeheiß und alles wurde wieder lebhaft und fröhlich durchdrungen.

„Dieses Paal“ meinte Stringer plötzlich. Sein beschränktes Gesicht mit der niedrigen, stolzen Stirn drückte Verachtung und Gelächern.

„Nennen Sie weiter...“ Das Gesicht lachte. „Konischajew lächelte getrennt, ahmete schwer, und man wurde sehen, daß er etwas nicht recht verstand.“

Dann gingen sie weiter, drängten langsam durch die sich hin- und herbewegende Menschenmenge und brachten auf verzerrtes Gesicht, Worte und Gesang, der bald hier, bald dort erklang.

Schweigend schritt ein schwerbetraunter Matrose darüber und schaute nachlässig.

Konischajew fiel etwas an ihm auf, als hätte er diesen Matrosen eben so erkannt, zerrissen, zerlumpte und maßlos glühend schon irgendwo gesehen. Der Gedanke, daß die Menschen auch an diesen Tagen genau so lichen, wie immer, veranlagte ihn; er besah sich aber in solch freudiger Spannung und Aufregung, daß der Gedanke in einem Gefühl höchster Erregung alsbald verschwand.

Bei den Kaufleuten fanden Freischüler mit roten Sinnen an ihm; ihre jungen Gesichter waren ebenso freudig erregt, wie das Konischajewes. Sie schielten sich als Herren des Lebens und waren beständig erregt und zu allem bereit. Bei diesen Gruppen tauchten ein paar ruhende Menschen, die im Lichte verschwunden waren, bald darauf mit Hissen auf den Käufern wieder auf und schleppten sie zum Kai.

„Des Komites ist den Schnaps ins Meer werfen“, meinte der Student vergnügt, als wenn er eine riesige freudige Mitteilung machte. „Wissen Sie, die Leute befehlen sich sonst“, fügte er freudlich hinzu, als ob er einem guten Bekannten antwortete.

„Ja, ja“, erwiderte Konischajew fröhlich und freundlich. Die schweren, gelben Äpfeln mit grünen Stielen rutschten erst langsam, gleichsam unentschieden, denn schnell über die hölzerne Einrahmung, brachten sich dann in der Luft um und hielten über Kopf in der grünen, schwebenden Wasser. Einen Augenblick lang eine weiße im Sonnenlicht flitzende Schaumblase auf, die die Äpfeln mit einem weißen Pulver bedeckte und verschwand dann in der aufgewühlten Tiefe. Es war ein hübscher Knall, man wurde ordentlich vergnügt dabei zuzusehen.

Eine Arie hatte an einer Stufe dicht über dem Wasser fest und zerbrach knirschend. Die hübschen, weißen Flaschen fielen herab und leierten in das Schaumwasser.

„Ich hab...“ rief jemand aus der Menge und fügte unwillkürlich zum Wachen.

Die Menge aber schrie betäubend und froh: „Hurra, hurra!“ und man sah, daß all diese zerlumpte, ewig besoffenen Menschen plötzlich etwas von sich geworfen hätten und sich jetzt über ihren Sieg freuten.

„Die Freiheit macht uns doch Reiz besser“, meinte Konischajew, und sah Eitinger triumphierend an.

Wieder politen und klumpten die schweren Äpfeln ins Wasser, aber jetzt kammerte niemand mehr; sogar ein unerschrockener Held in zerfetzten Schuhen besaß keine schmerzhaften, abwärts gezogenen Unterarm und zu einem Lächeln.

Konischajew wandte sich auf der Höhe um; die Menge war hier ganz anders, ungeschwungen und feuchter. Konischajew sah nach der Stadt, die hoch über den roten Dächern lag. Noch höher war der blaue Himmel und weiße Wolken.

Am Ende der Mole erstreckte sich die mächtige, freie Meeresschwelle und trug unauflöslich und ruhig, einem unbekannten Gesetz folgend, ihre grünen und blauen, im frischen Winde schwebenden Wägen aus Meer. An Stelle der einen erschien sofort eine zweite, und so ohne Ende weiter, und alle liefen zwispig und spürlos wie Gluckströme ohne Anfang und Ende unter dem Himmel dahin.

Auf dem Hintergrunde dieser ungemessenen Meile erhob sich ein hohes Gerüst, und auf diesem Gerüst lag unbeweglich und maßlos ein Leichnam im blutigen Matrosenhemd mit nackten, wachsgelben, bürren Hüften.

Zuende und Kunde von Menschen, die plötzlich in einem gemeinsamen Gefühl vereint waren, traten schweigend und mit einem Ausdruck zu dem Leichnam und blühten ihm ins Gesicht; der rote aber lag unbeweglich auf dem weissen Gerüst.

und sein gelbes Totenprofil blühte verdrießlich und rätselhaft auf den blauen Himmel, an dem weiße Wolken schwammen.

Viele mußten offenbar nicht, um was es sich handelte, blühten aber ernst und nachdenklich mit dem unbewußten Gefühl, daß hier bei diesem krummen Leichnam eine majestätische Tragödie sich abspielte, auf den Toten.

Nach Konischajew betrachtete lange unterwandt das ausgedehnte, fälsche Totengesicht. Sonderbar trübe Gedanken kreisten selbe in seinem Kopf. Es war, als wenn der rote alle sätze und hörte, was um ihn vorging, dieser ganze Lärm der viel tausendköpfigen, neugierigen Menge, dieser blaue Himmel und die weißen Wolken aber jeden Zusammenhang mit ihm verloren hätten, so daß er sich inmitten der jauchenden Sonnenwelt ganz allein befand.

Schon der Gedanke daran tat weh und erzeugte stumpf-lumpte, witzige Gleichgültigkeit. Es war, als wenn alles in Schwelgen versänke, als wenn die Köpfe bleich würden, die sonstigen Farben verblöhten und die Seele sich einsam und beunruhigt fühlte, wie vor einem unerbittlichen, tragischen Rätsel.

„Das erste Opfer!“ sagte Eitinger dicht an Konischajew Ohr. „Wieviele werden es heute Abend sein?“

„Schrecklich“, dachte Konischajew, „aber was soll man machen?“ antwortete er sich selbst.

Der Himmel leuchtete blau, die Wolken schimmerten, und das Meer erstreckte sich unendlich weit und trug seine tiefgrünen, durchsichtigen Wägen an die Mole. Weit draußen in der blauen Unendlichkeit leuchtete undeutlich und rätselhaft wie eine Gewitterwolke am blauen Himmel das Panzerschiff.

Die Menge kam und ging, und immer neue und neue Gesichter tauchten auf.

Plötzlich schrie jemand wild und roh. Die unheilverkündende Unruhe touchte und legte sich. Konischajew blühte um sich. In einer Entfernung von zehn Schritten tauchte eine weiße Axtel und ein rotes Soldatengesicht auf.

„Steh da, ein Schutzmantel!“ meinte ein Handwerker mit weitem, fastbespritztem Gesicht.

„Was willst du?“

„Die Teufel treiben sich überall herum“, antwortete jemand mit schmalen, bössartiger Stirn, in blauem zerrissenen Hemde. Der Schutzmantel blühte verschlafen und ärgertlich herein; man sah, daß er nicht verstand. Sein rotblonder Schnurrbart sträubte sich, und die Augen schweiften über die Menge hin.

„Was hast Du mich an!“ schrie er jemanden an und schwenkte die Säbelklinge hin und her.

Der Mensch im blauen Hemde trat aus der Menge vor und bewegte sich mit kleinen Schrittschritten an den Schutzmantel heran.

„Müde ab...“ ließ er nicht, daß da ein Later liegt, er ließe und einbringlich. (Fortsetzung folgt.)

Das nationalliberale Blatt betont, daß in dem Vorgehen der Freikonservativen nur eine Bekräftigung der national-liberalen Politik liege, daß sich die Freikonservativen aber irren würden, wenn sie mit ihrer veränderten Stellungnahme einen Fischzug unter den Nationalliberalen zu machen hofften.

Die Sorge der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Freikonservativen sich nach links wenden könnten, scheint also noch sehr unberechtigt zu sein.

**Schmerz laß' nach!** Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt eine Korrespondenz aus Dresden, in der die Niederlage der Nationalliberalen bei der Stichwahl zu erklären versucht wird. In dem Artikel sind folgende Sätze nicht ohne Interesse:

„In Dresden spielen eigentümliche Verhältnisse mit, die man kennen muß, um die politische Stimmung beurteilen zu können. Der sog. Bodmanismus, d. h. das eigenartige Entgegenkommen regierender Kreise gegen die Sozialdemokratie, hat schon das seinige getan, um die Unschönen auch der sog. besseren Stände für die Wahl eines Sozialdemokraten geneigt zu machen. Jedenfalls ist auch in Dresden die Ueberzeugung, daß man mit der Wahl eines Sozialdemokraten etwas Unpatriotisches tue, in weiten Kreisen längst geschwunden. Was soll man z. B. zu folgendem sagen: Zwischen der Dunitz- und Stichwahl fand in dem ersten Kreise Dresdens irgendwo eine Einladung statt, an der auch hohe Beamte der Regierung teilnahmen. Einem von ihnen sagte jemand seine Sorge, daß die Stichwahl zu Gunsten der Sozialdemokratie ausfallen könnte, und er meinte, höflich: macht man sich die Mühe, die Freiheit der Presse, die Rechte vor einem Vertreter des Reichstages zu bewahren. Darauf erwiderte der Beamte: In Sachsen sei das monarchische Gefühl so tief im Volk, daß man sich nicht mehr aufzuregen.“

Wir wissen den Schmerz des Schulmeisters a. D. Dertel zu würdigen, umso mehr als man in seinem Heimatlande Sachsen von ihm selber auch nichts mehr wissen will, sonst hätten ihn im Jahre 1903 die Wähler im Wahlkreis Freiberg nicht so jämmerlich durchfallen lassen.

**Wer gibt einen zu?** Wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, hat der im 3. sächsischen Reichstagswahlkreise Naun- u. Naundorf gewählte Abgeordnete, der bisher der „Deutschen Reformpartei“ anhängte, soeben die Erklärung abgegeben, daß er der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstages künftig angehört zu werden wünscht, welchem Entschluß er sich gegeben hat. Der Stand der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstages betrügt, nachdem auch nunmehr der im 6. mecklenburg-schwerinschen Wahlkreise Gültrow-Niwoh gewählte Rittergutsbesitzer v. Graese (Holdsbee) sich offiziell angeschlossen hat, 44 Mandate. Ist nicht noch legendäre sich offiziell angeschlossen hat, 44 Mandate. Ist nicht noch legendäre sich offiziell angeschlossen hat, 44 Mandate.

**„Wahlreform“ in Braunschweig.** Dem zum Zwecke einer Reform des Wahlrechts zusammenberufenen Landtage Braunschweigs ging soeben die Wahlvorlage zu. Sie sieht 54 Abgeordnete, darunter 18 als Vertreter besonderer Berufsstände, vor. Die 36 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten werden auf Grund eines direkten und geheimen Dreiklassenwahlrechts gewählt, bei dem jeder 25 Jahre alte Braunschweiger, der sich drei Jahre im Großherzogtum aufhält und mindestens 4 Mk. direkte Staatssteuern bezahlt, wahlberechtigt ist. Die Berufsständegruppe setzt sich zusammen aus 6 Vertretern des Grundbesitzes, 4 Vertretern der Gewerbebetriebe, 2 Geistlichen und 6 Vertretern der wissenschaftlichen Berufe.

Es gehört eine gute Portion Mut dazu, diese Vorschläge als „Reform“ zu präsentieren; der Landtagsmehrheit, deren Kommission seinerzeit einen noch schlechteren Entwurf ausgearbeitet, ist die Vorlage vielleicht noch nicht einmal reaktionär genug.

**Protest gegen die Rechtslosigkeit der Frauen.** Auf Anregung des bayerischen Vereins für Frauenstimmrecht gaben bei den letzten Reichstagswahlen die Frauen in München, Nürnberg, Bamberg, Hof, Frankfurt, Sigmaringen, Bamberg, dann in Bonn, Köln, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Wiesbaden, Wiesbaden, Düsseldorf, Essen, Mülheim, Düsseldorf, Magdeburg und anderen Orten in den Wahllokalen einen Protest gegen ihren Ausschluß von der Wahl ab mit dem Verlangen, daß er mit den übrigen Wählern dem Wahlkommissar zu übergeben sei. Die Zeitschrift für Frauenstimmrecht bemerkt, daß dieser eigenartige Protest von den Wahlvorstehern überall angenommen worden sei; nur ein „bürgerlicher Magistrat“, der in der guten alten Münchener Vorstadt Au und gemäß ihrem jahrhundertalten volkstümlichen Ton amtierte, habe in rauen Worten die „Weiber mit ihrem Wisch“ aus dem Lokal gewiesen.

**Dertel denunziert wieder.** Die „Deutsche Tageszt.“ gibt an: „Nach der Mitteilung zweier Dürkheimer Blätter erfuhr Obergeometer Frank aus Bad Dürkheim in einer Wählervereinsammlung in Bovenheim am Berg die Anwesenden, den sozialdemokratischen Kandidaten Reidel zu wählen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung diese Pflichtverletzung eines königlichen Beamten dulden wird.“ Man könnte sich bald mit der Prügelstrafe für Denunzianten ausöhnen.

**Landtagskandidatur.** Im 2. Berliner Landtagswahlkreise, wo am 27. März eine Ergänzungswahl zum Abgeordnetenhaus stattfanden muß, haben die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen, den früheren Reichstagsabgeordneten Landdirektor Kommin als Kandidaten aufzustellen. Die Freisinnigen verfügen hier über circa 340 Wählermänner gegen 107 sozialdemokratische.

**Gläubige Wahlen.** Am Sonntag fanden zwei Ersatzwahlen zum elsass-lothringischen Landtag statt, die nötig geworden waren, weil das Oberlandesgericht die Mandate von Diedenhofen und Bitsch für ungültig erklärt hatte. Laut einem Telegramm wurden die bisherigen Abgeordneten Zimmer (lothr. Block) und Hesse (manu. Centr.) wiedergewählt.

**Wahlproteste.** Aller Voraussicht nach werden dem Reichstage diesmal eine erhebliche Zahl Wahlproteste zugehen, weil ziemlich viele Abgeordnete mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen gewählt sind. Unter anderem ist auch gegen

das Mandat des premonerwählten Abgeordneten v. Derken ein Protest eingelegt worden, der damit begründet wird, daß 412 Wähler der Postanstalt Beelitz nicht in die Wählerliste der Stadt Beelitz aufgenommen worden sind. Trifft das zu, dann wäre die Wahl des Herrn v. Derken allerdings ungültig, denn er erzielte in der Stichwahl nur eine Mehrheit von 290 Stimmen, mit denen er über den Kandidaten der Sozialdemokratie siegte.

Das Zentrum wird gegen die Wahl des Abg. Bassermann gleichfalls Protest erheben.

**Die Wahlrechtsvorlage in Anhalt.** Dem anhaltischen Landtage, der in diesen Tagen zusammentritt, wird auch eine Vorlage über die Reform des anhaltischen Landtagswahlrechts zugehen. Ueber diese Vorlage wird jetzt berichtet, daß das Landtagswahlrecht geheim bleiben und — unter Beibehaltung des Wahlmännerstems — ein direktes Wahlrecht werden soll. In diesen beiden soll aber noch ein drittes kommen: das System der Mehrstimmen nach Alter, Bildung und Besitz. Die Grundrichtung des neuen Wahlrechts gehe dahin, ein Mehrwahlrecht etwa nach dem Muster des Königreichs Sachsen einzuführen. Ob die Privilegierten-Mandate in ihrem heutigen Bestande aufrecht erhalten werden können, sei eine Frage, die gleichzeitig mit einer Aenderung des Landtagswahlrechts entschieden werden müsse.

Das verklärte anhaltische Volk wird mit aller Energie dahin wirken, einen Strich durch die dunklen reaktionären Pläne der Regierung zu machen.

## Ausland.

### Nach den Wahlen in Deutschland.

Der englische Schachspieler Lloyd George hielt in der City eine Rede, in der er ausführlich die Anlagen, die von Bonar Law in seiner jüngsten Rede in der Albert Hall erhoben worden waren zurückwies. Er bemerkte dabei: Es hat niemals in der Geschichte eine Zeit gegeben, wo England besser gerüstet war, irgend einer Gefahr zu begegnen. Wenn man verlangt, daß Eisenwerke in den Anlagen gemacht werden, so muß das durch die Rüstungen zum Stillstand gebracht werden. So lange aber Reich, Eisenerz, Jute und Kautschuk unter den Nationen nicht befreit sind, wird man das Anzeichen der Rüstungen nicht aufhalten. Das ist das erste, was man tun muß, und jetzt ist der günstigste Augenblick, es auszuführen, trotz zahlreicher, entgegenstehender Faktoren. Wir sind nicht die einzigen, die die Gefahr erkennen, die aus der internationalen Atmosphäre entspringen kann. Trotz aller Begleitumstände, die wir bedauern, haben die jüngsten Ereignisse doch die Wirkung gehabt, die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Gefahren der Lage zu lenken. Ich will auf vergangene Dinge nicht zurückgehen. Ich werde die Regierung nicht verteidigen oder andere kritisieren. Ich werde auch nicht mich selbst und das, was ich getan habe, verteidigen. Warum? Nicht weil ich nicht bereit wäre, es zu tun, wenn ich es für wünschenswert erachtete, sondern weil ich überzeugt bin, daß man, je mehr man sich verteidigt, die Erregung noch hält. Ein sehr günstiger Umstand besteht: die Marokkofrage, die ständig eine Quelle der Erregung und der Feindschaft unter den Großmächten war, ist geregelt worden. Ein Abkommen ist zustande gekommen, das sowohl Frankreich wie Deutschland zum Vorteil gereicht, und das auch die britischen Interessen nicht verletzt. Der Tag nach einem Streit ist nicht immer die schlechteste Zeit, Differenzen zu beseitigen. Ich glaube, daß es im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Russlands, wie auch in unserem eigenen liegt, daß ein besseres Verhältnis zwischen den Nationen bestehe. Das glaube ich aufrichtig und zuversichtlich. Es ist erreichbar. (Lebhafte Beifall.) Die Welt würde dadurch besser und reicher werden, die Steuern würden herabgesetzt werden können, und alles Geld, das an den Rüstungen gespart würde, könnte dazu benutzt werden, die Hilfskräfte des Landes zu entwickeln und die Lage des Volkes zu verbessern. Der Frieden außer Grenzen ist Friede auf Erden und gegenseitiger guter Wille unter den Menschen.

Es wird natürlich eifrig nach den Motiven gesucht, die Lloyd George veranlaßten, seine Rede mit einer Friedensschmelze zu beenden und Wünsche für ein gutes Einverständnis mit Deutschland in einer Weise zu formulieren, daß sie kaum mehr in Einklang zu bringen sind mit seiner bekannten Rede vom Juli. Die dem Schachspieler nahestehenden „Daily News“ bringen nun einen langen Artikel, der offenbar inspiriert ist, und in dem diese Friedensrede und die Erklärung des deutschen Reichstages nebeneinander gestellt und als die beiden wichtigsten Ereignisse des Augenblicks angesprochen werden. Das heute auf einen anderen Weg, auf dem man den Schlüssel für Lloyd Georges Friedenssinn finden kann. Die Wahlen, die das Anzeichen der demokratischen Strömung im deutschen Volke zeigen, haben auch in amtlichen englischen Kreisen Eindruck gemacht, und es ist zweifellos, daß die Wahlen überhaupt in England mit großem Interesse verfolgt wurden. Sie haben mit dazu beigetragen, die letzten Schritten, die das deutsche Gespinnst auf englische britische Gemüter warf, zu verschleudern.

### Ein politischer Massenprotest.

Ein Hochverratsprotest von riesigem Umfang ist vor dem kaiserlichen Senat in Petersburg unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Szene gesetzt worden. Er richtet sich gegen „Radikalismus“, die sozialistisch-revolutionäre Organisation Armeniens, von der 159 vor Gericht stehen. Verhaftet hatte man zuerst 700 Personen, von denen man nahezu ein Viertel seit drei Jahren in den ungesunden Kerker von Tiflis in Haft gehalten hat. Unter den zahlreichen Erkrankten, von denen infolge der scheußlichen Kerkerverhältnisse ein Teil zugrunde gegangen ist, meist Leuten von hoher Intelligenz, war auch der meistgeschätzte Dichter des heutigen Armeniens, Anarotian, der in der Haft tuberkulös wurde. Infolge der von Anatole France und anderen inszenierten Protestbewegung wurde der gefangene Dichter gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Auf den Rat seiner Freunde brachte er sich in Europa in Sicherheit. Aber die große Masse seiner Leidensgefährten muß sich jetzt wegen ihres Mißtrauens um menschliche Zustände im russischen Schächterreich vor dem Ausnahmegericht verantworten. Das Urteil, meist langfristige Verbannung in die Kerker und Einböden Sibiriens, dürfte gegen die meisten im voraus gesprochen sein.

**Der Hobeiba-Frischenfall.** Die Italiener haben im Nole Meer die Baumwerkzeuge einer französischen Gesellschaft zerstört, welche von der Türkei mit dem Bau der Eisenbahn von Hobeiba nach Zan a betraut ist. Die Kosten der Eisenbahn werden durch eine türkische Anleihe gedeckt, welche der von Rouvier gegründeten Bank für Handel und Industrie in Paris übertragen wurde. Diese Bank hat auch die Gesellschaft zum Eisenbahnbau gegründet. Die Italiener, die bekanntlich die Rüstwerke von Hobeiba nach Tschibana blockierten, haben die Bahnanlage der französischen Gesellschaft nach vorheriger Ankündigung beschlagnahmt. Die Gesellschaft befreit von ihr entstandenen Schäden auf 12 Millionen. Im ersten Augenblick nahm die französische Presse eine sehr energische Haltung ein und verlangte Genugtuung. Seit gestern Abend aber haben sich die französischen Zeitungen beruhigt. Es stellt sich heraus, daß der Entschädigungsanspruch der Eisenbahngesellschaft stark übertrieben ist und daß der Gesellschaft gegenüber in erster Linie die Türkei verantwortlich ist, welche die Konzeption erteilt und in deren Namen die Eisenbahn gebaut wird. Die obdachlos gewordenen Franzosen werden in den nächsten Tagen durch einen französischen Kampf nach ihrer Heimat zurückgebracht. Die Frage der Entschädigung wird wohl zunächst auf privatrechtlichem Wege erledigt werden.

**Sozialismus in Kanada.** In das Provinzialparlament von Ontario, der an die alten Weststaaten den Ver. Staaten angrenzenden Provinz Südanadas, wurde der Sozialist Allan Studholme, Kandidat der Unabhängigen Arbeiterpartei gewählt. Die Stimmzunahme der ganzen Provinz so groß, daß die bürgerliche Presse von „sozialistischer Sturmvolle“ spricht.

**Der Einzug des ersten Sozialisten in den Bundtag von New York** war von einer großen Demonstration begleitet, wie Albany sie bei gleicher Gelegenheit noch nicht erlebt hat. 1000 Sozialisten, darunter 20—30 Frauen, begleiteten den Abgeordneten, Gen. Merrill von Chenectady, mit Fahnen und roten Abzeichen zum „Kapitol“. Merrill wird sofort mehrere sozialpolitische Entwürfe vorlegen.

**Sozialistische Gemeindevertreter in Amerika.** Die reich Milwaukee Schule gemacht hat, zeigt eine von gegnerischer Seite aufgestellte Berechnung, wonach im November nicht weniger als 25 sozialistische Bürgermeister und 150 Städte und sonstige Vertreter gewählt worden sind. Im ganzen amtlich jetzt aber die doppelte Zahl: rund 60 Mayor und 800 Städte aller Ver. Staaten in toto gewählt, ehe sie unseren am 1. Januar antretenden Wahlen Platz machen müßten. Sie beschäftigen fernerhand, mehrere hundert in der Stadtverwaltung ganz abzuschießen, den übrigen die Gehälter beträchtlich herabzusetzen. Nun ist die Wiederherstellung der Ämter jederselbst möglich, aber eine Erhöhung der Gehälter darf nach dem Geleite erst nach Ablauf von 2 Jahren erfolgen. Da der in Deutschland manchmal beliebte Weg, vor Anbruch der sozialistischen Mehrheitsverwaltung noch rasch einige bürgerliche Beamte auf Lebenszeit anzustellen, drüben ungangbar, hilft man sich auf eine Weise, die zwar den Bürgerlichen nichts nützt, aber die Sozialisten etwas belästigt. Einzigler Entzug von natürlich auch solche ebenso originelle wie böshafte Praktiken unseren Wahlen nicht.

**Die Errichtung der chinesischen Republik.** Aus Peking wird gemeldet, daß ein kaiserliches Edikt veröffentlicht werden soll, in dem Jüan-schik aufgefördert wird, eine Republik einzurichten und zwar mit Hilfe der Republikaner des Südens. Jüan-schik verneint jedoch, die Republikaner zu überreden, die Herrschaft an ihn abzugeben, bis der Nationalkongress eine dauernde Regierung einsetzt, was noch viele Monate dauern könnte. Es ist zweifelhaft, ob die Republikaner auf diesen Vorschlag eingehen werden. Die Lösung scheint die Einrichtung zweier provisorischer Regierungen zu sein, die gleichzeitig am Ruder bleiben, bis die endgültige Regierung festgesetzt ist. Auch Jüan-schik opponiert gegen die Verlegung der Hauptstadt und plädiert für die Einberufung eines Nationalkongresses für Nordchina. Die Hellenen bleiben nach wie vor der Meinung, daß Nanjing der beste Platz für eine Hauptstadt sei. Offensichtlich besteht ein gewisses Einverständnis zwischen den Republikanern und Jüan-schik, dem sie neuerdings die Präsidenschaft angeboten haben. Viele der kaiserlichen Prinzen verlassen die Hauptstadt. Die Prinzen Kung und Su sind nach der Mandchurei gefahren, um dort die Stimmung des Volkes zu erkunden. Der Oberbefehlshaber ist nun geneigt, die Republik anzuerkennen, aber der Kommandant der Truppen Tschangschun ist unversöhnlich. Der Nanjing Times-Berichterstatter hatte eine lange Unterredung mit Sun Jatsen, der erklärte, er würde sofort zurücktreten, wenn Jüan-schik sich selbst als Republikaner erklärt, und er würde alles tun, um des letzteren Wahl zur Präsidenschaft zu unterstützen. Sun Jatsen teilte ferner mit, daß er den Vorschlag gemacht habe, die gegenwärtige Regierung solle für ein Jahr am Ruder bleiben und dann die Herrschaft an die endgültige Regierung abtreten. Jüan-schik habe ihm am Sonntagabend telegraphisch, einen neuen Waffenstillstand für nahe Lage vorgeschlagen und erklärt, er habe jetzt die Vollmacht, die Vorschläge der Republikaner anzunehmen. Sun Jatsen weist ferner darauf hin, daß die Ordnung in den rebellierenden Provinzen wieder hergestellt werde. Jüan-schik sei ruhig, Ordnung herrsche in Nanjing. Die Verbindung mit Tschangschun ist wieder hergestellt.

Die Veröffentlichung des Dekrets, durch das Jüan-schik mit der Errichtung der republikanischen Staatsform beauftragt wird, soll, nach einer Schanghaier Depeche der D. N. O. am 8. Februar erfolgen. Danach behält der Kaiser Rang und Titel und die Vollziehung der Staatsopfer; Peking bleibe wahrscheinlich Hauptstadt und Residenz des Kaisers und des Hofes.

## Aus der Geschäftswelt.

Die Inhaber der Gewerkschaften S. Burgsmüller und Söhne, Kreienfeld (Harz), Herren Hermann Burgsmüller sen. und Karl Burgsmüller jun., sind von dem regierenden Fürsten zur Lippe zu dessen Hoflieferanten ernannt worden. Die Firma Burgsmüller hat sich aus den bescheidensten Verhältnissen heraus zu einem Weltunternehmen emporgeschwungen und ist meistens Kreisen durch reelle Bedienung bestens bekannt. Die Firma arbeitet direkt mit der Privatkundschaft ohne Zwischenhandel und sendet auf Wunsch Kataloge an jedermann.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Schmidt. — Redaktion und Expedition: Neue Braunenstraße 7. — Verlag von Eduard Schöner. — Druck von Th. Schöner, S. m. S. — sämtlich in Dresden. — Ditzsch & Schöner.

# Beim Nachfüllen von MAGGI Würze

mit dem Kreuzstern

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI Würze feilgehalten werden.



# 1. Beilage zu Nr. 31 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 7. Februar 1912.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Februar.

### Geschichtskalender.

7. Februar.

- 1478 Der englische Kanzler Thomas Morus in London.
- 1801 Der Maler und Kupferstecher Daniel Chodowiecki in Berlin.
- 1851 Der Kunsthistoriker Hugo v. Schubert auf Gut Jakobshof in Niederösterreich.
- 1878 Papst Pius IX. in Rom.

### Herr von Oppen und Herr Mundry

erhalten in der „Breslauer Morgenzeitung“ eine Zensur, die in sachlichen, gemessenen Worten den Empfindungen Ausdruck gibt, die von den direkt Betroffenen in etwas derberer Weise gedankt werden würden, hätten die kritisierten Herren nicht die Mittel in der Hand, jede neue Meinungsäußerung wieder mit dem Strafrichter niederzuschlagen. Das genannte liberale Blatt schreibt:

Zwei angesehenen Männer haben in den Tagen der Väterkraft zu ihrer Betrachting und zu lebhaftem Bedauern nach gelassen. Der eine sprach als Gerichtsherr mit wegwerfenden Worten von dem „Janhagel“, der die politischen Organe geküsst habe, die wieder einmal gelegentlich des Verhältnisses einer Frau aus dem Volke an den roten Kranzschleifen Heranziehen und durch ihr Einschreiten die Korona der Zustimmung zu mehr oder minder scharfen Kundtreden der Majorität reizten. Den politischen Kampf gegen die roten Schleifen können wir beim besten Willen nicht verstehen und müssen ihn als eine Maßnahme verurteilen, die nur geeignet ist, Erbitterung zu wecken und den Klaffen ab zu schließen. Er ist kleinlich, zwecklos und gibt denjenigen, gegen welche er sich richtet, das Recht des Vorwurfs, daß sie ohne Not und ohne zwingenden Grund in einem Mißverständnis gefaßt werden, der auch beim Gelehrten nicht das Gehalt der Achtung, so doch das Gebot des Friedens auslösen sollte. Die Leute aber, welche aus der Nachbarschaft dem Absterben eines milden Erdenspieters als Zuschauer beizuhören, sind kein Janhagel, auch wenn sie schlechteste Kleidung tragen und in Straßen wohnen, die zumeist nur von Arbeitern bewohnt werden. Wir meinen, gerade diejenige Behörde, in deren Händen die Rechtspflege liegt und die ohne Ansehen der Person ihres verantwortungsvollen Amtes wachen soll, macht sich eines bedauerlichen Mißgriffs schuldig, wenn sie sich zu Stimmungsregeln verleiten läßt, die über den Rahmen des Verhandlungsschemas hinausgreifen.

Die Pariser „Humanité“ überschreibt ihren Bericht über den Prozeß im Hinblick auf die Wahlen mit den Worten: „Le gouvernement veut prendre sa revanche“ (Die Regierung nimmt Rache).

Wir verweisen auch auf den Artikel des Herrn Prediger Tschinn und auf das „Eingefandte“ in der gestrigen Nummer der „Volkswacht“.

So schwere Opfer unserem Kollegen darf auch wieder zugeschrieben sein, politisch schlagen die drei Monate zu unserem Nutzen aus. Unsere Gegner machen uns noch größer!

### Ein Rückblick.

Unsere Genossen im Wahlkreis Breslau (Land)-Neumarkt können mit dem Ergebnis des letzten Wahlkampfes wohl zufrieden sein. Gelang es auch diesmal noch nicht, den Grafen Carmer, wie er es verdient, aus dem Reichstage hinauszurufen,

so sind wir diesem Ziele doch um ein gutes Stück näher gekommen. Die Junter und Junterabanten gearbeitet haben, um ihren „bewährten Vertreter“ wieder im Reichstage zu sehen, verdient noch eine nähere Beleuchtung.

Unsere „Landboten“verteiler können ein Lied davon singen, wie sie von Gemeinde- und Amtsvorstehern, Pfarrern, Lehrern und Inspektoren empfangen worden sind, um das rote Gift von den geduldbigen Schächern fernzuhalten. Wer rinnet sich nicht an die Ergebnisse mit dem Pfarrer Zhaner in Priffelsdorf. Manche der Herren ließen sogar die „Landboten“ aus den Wohnungen der Leute wieder abholen oder forderten die Empfänger auf, die Blätter sofort ungeliefert zu vernichten. Sollte uns ein freudentender Mann sein Grundstück zu Versammlungen hergegeben, so traf ihn der Bannstrahl, und wenn er nicht ganz unabhängig war, mußte er sein sträfliches Beginnen teuer büßen. Wenn sich ein Gastwirt unterfang, den roten seinen Saal zu überlassen, dann wurden die kleinsten Mittel gegen ihn angewendet, um ihn eines anderen zu befehlen. Tanzverbote, verkürzte Festzeiten, Strafmandate wegen der geringfügigsten Ursachen, u. a. m. waren die beliebtesten Nadelstiche. Am Besuch von Versammlungen wurden alle gehindert, die sich in abhängiger Stellung befanden. Die Dominal-, Wald- und Bahnarbeiter, und die Unterbeamten durften es nicht wagen, eine sozialdemokratische Versammlung zu besuchen. In den Kreisvereinen, der Feuerwehre, den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen wurde gegen die Sozialdemokraten eingeschritten. Mancher Genosse auf dem Lande kann ein Lied davon singen, mit welcher Bosheit ihm die Leute zueiften. Und trotzdem unser schöner Erfolg.

Mit welchen Mitteln die Gegner gearbeitet haben, sei noch an einigen Beispielen gezeigt. In Zamsdorf wurde einen Tag vor der Stichwahl jedem Wähler ein Zentner Steinkohle gegeben, sobald man glaubte, daß er am 12. Januar den Grafen Carmer gewählt habe. In Schlau und in Pfaffenendorf erhielten diese Wähler einen Korb Kartoffeln. In Tschammendorf hat man den Leuten mit Entlassung gedroht, falls sie Sotsch wählten. In Ekersdorf, Krella und einigen anderen Orten ließen die Gemeindevorsteher durch ihre schulpflichtigen Kinder Stimmzettel für Carmer verteilen. Aus etwa 25 Dörfern wurde gemeldet, daß die Nachwähler und Gemeindevorsteher Stimmzettel für Carmer verteilt haben. Am Samstag ließ Lunde der Herr der Gegner über unsere Wahlkontrolle keine Grenzen. In Margareth wollte der Wahlvorsteher den Reichstagskandidaten, Genossen Schollach, prägen, als er das Wahllokal nicht verließ. In Schönbrunn, Tschendorf, Zankwitz, Puschowa, Kostentz, Klein-Tanz, Camöse, Sobelitz, Sadowitz, Schönau, Ferschendorf, Wirschen, Borne, Schönborn, Paschwitz, Tschirne, Wellau, Landau, Zimpel wurden unsere Genossen mit Gewalt aus dem Wahllokal geworfen.

Die Nebendämme und Wahlen entsprachen in Bogeslawitz, Sadowitz, Zankwitz, Reibnitz, Wirschen, Klein-Tanz, Wellau und einigen anderen Orten nicht den gesetzlichen Bestimmungen. In einigen Wahllokalen wurden bei der Feststellung des Wahlergebnisses die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Am Stichwahltag war es teilweise etwas besser, denn von der Kreisleitung war vorher eine Beschwerde an den Minister des Innern und an den Regierungspräsidenten gerichtet worden. Darum fügte sich ein Teil der Wahlvorsteher in das Unvernünftige. In Groß-Breslau bei Priffelsdorf hat man zweierlei Umschläge benutzt; auch konnte der Wahlvorstand in den Nebenraum sehen. Der Gutbesitzer Philipp Moll's anfangs den Genossen hinauswerfen, doch überlegte er sich's schließlich anders; dasselbe geschah in Zankwitz. Hier hatte der Wahlvorsteher, v. Stegmann, eine Schnur im

Wahllokal gezogen, und als er vom Genossen Stowig aufgefordert wurde, die Schnur zu entfernen, befohl er den Wählern, den Strohstiel hinauszuerwerfen. Die Herren unterließen es aber, den Befehl auszuführen, und Herr v. Stegmann wollte offenbar persönlich nicht Hand ans Werk legen. Er erklärte vielmehr, den Wahlat für geschlossen und verschiedene Wähler mußten nach Hause gehen, ohne gewählt zu haben.

Alles in allem können wir trotzdem mit Genugtuung auf den Erfolg unserer Arbeit zurückblicken. Es gibt nun aber kein Ausruhen, vielmehr gilt es, das Errungene festzuhalten, die politische Organisation auszubauen und unsere beste Waffe, die „Volkswacht“, in allen Ecken des Kreises zu verbreiten. Die Mitglieder müssen geschult werden, um den nächsten Wahlkampf mit eigener Kraft bestreitet zu beenden. Vorwärts zur Arbeit!

### Die Unfallverletzten der Eisenbahn.

Der frühere Eisenbahnarbeiter R. in Breslau erlitt im Jahre 1902 einen Betriebsunfall, für den er 40 Prozent Rente erhielt. Einige Zeit darauf erlitt ihn ein zweites Unglück; er verletzte sich ein Auge, das herausgenommen werden mußte. Für diesen Unfall bekam er eine Rente von 25 Prozent, jedoch nicht von der Vollrente, sondern, da keine Arbeitskraft um 40 Prozent geschwächt war, von den über abtobenden 60 Prozent der Vollrente. Nach einer Nachuntersuchung des ersten Falles in der Heilanstalt für Unfallverletzte wurden die 40 Prozent auf 25 Prozent herabgesetzt. Da er nun klage ohne Erfolg; er wurde mit seinem Ansuchen, es bei 40 Prozent zu belassen, abgewiesen. Er erhält hiernach für beide Unfälle etwa 45 Prozent.

Der frühere Bahnarbeiter K. in Brieg erlitt im Jahre 1895 einen sehr schweren Unfall. Mit einem Bremsenknüppel bekam er einen besten Schlag in den Unterleib, der ihn vollständig arbeitsunfähig machte. Anfangs wurde ihm die Vollrente gewährt, die aber bald auf 75 Prozent herabgesetzt wurde. Der bedauernswerte Mann ist infolge des Unfalls geisteskrank geworden und in einer Irrenanstalt untergebracht. Der Gemeindevorsteher des Dries verlangte für den Verunglückten die Vollrente und auch die Hilfslorenten, die nur der erhält, der ohne fremde Pflege und Wartung nicht bestehen kann. Der Gemeindevorsteher behauptete, daß dies alles bei dem Manne der Fall sei. Die Klage wurde abgewiesen.

In der Sitzung des Schiedsgerichts lagen auch einige Fälle vor, bei denen es sich um Zinsverrechnungen handelte. Sie waren durchweg mit 25 Prozent entschädigt. Da sie mehrere Jahre zurückliegen, wurde die Rente auf das Gutachten der Heilanstaltsärzte aufgehoben, obgleich die Verletzten nachweisen konnten, daß sie in der Arbeit noch sehr behindert sind.

Ein Schlosser in Lankau erlitt im Jahre 1908 für den Verlust eines Auges 35 Prozent Rente. Jetzt, also nach drei Jahren, wurde sie auf 25 Prozent gekürzt. Wir meinen, daß eine Rente von 35 Prozent an sich für einen solchen Unfall eine zu kurze ist, geschweige 25 Prozent. Der Verlust eines Auges ist ein Verlust für das ganze Leben; er sollte deshalb höher eingeschätzt werden.

In mehreren Eignungen ereignete sich ein merkwürdiger Fall. Ein Fingerverletzter, der ausnahmsweise eine Rente von 33 1/2 Prozent bezieht, verlangte eine höhere Rente, die ihm nicht bewilligt werden konnte. Er überreichte dem Vorstehenden, Geheimen Regierungsrat S. u. d., einen von einem Rechtskonsulenten angefertigten Schriftsatz von 20 Seiten, der den Anspruch begründete. „Meinen Sie denn“, erklärte der Vorstehende, „daß ich dieses lange Schreiben hier vorlesen soll? Vielleicht verlangen Sie 50 Prozent oder gar die Vollrente. Ich lehne die Annahme ab.“ Der Kläger wurde selbstverständlich auch abgewiesen.

\* Der harte Winter veranlaßt fortschrittlich gekannte Gemeindeverwaltungen dazu, an die Vinderung der Rente zu denken und etwas dagegen zu tun. Der Jenaer Gemeinderat hat beschlossen, die verheirateten Arbeitslosen mit Notstandarbeiten (Schneeschaukeln und Erdarbeiten) gegen den ortsüblichen Lohn von 2,80 M. täglich zu beschäftigen. Er bewilligte für solche Arbeiten zunächst auf die Dauer eines Monats 3000 M.

### Aus aller Welt.

**Das Wohnungsbedürfnis auf dem Lande.** Unsere Agrarier werden nicht müde, das herrliche Leben „ihrer“ Tagelöhner inmitten der freien Natur, bei gesunder Beschäftigung, gutem Lohn und angenehmen Wohnungsverhältnissen zu schildern. Wie es damit aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt ein sehr trauriges Vorkommnis. Auf dem Gute Nennevalde, Kreis Tempin, sind fünf Kinder eines Arbeiters an Rauchvergiftung gestorben. Die Eltern hatten abends gegen 8 Uhr in dem aus Lehm gebauten Ofen, der allerdings schadhast gewesen sein soll, Feuer angezündet und die Kinder alldann für kurze Zeit allein in der Wohnung gelassen. Als sie zurückkehrten fanden sie die Kinder bewußlos in der mit Rauch angefüllten Wohnung vor. Ein sofort herbeigerufener Arzt vermochte die Bewußtlosen nicht wieder ins Leben zurückzurufen. Die Kinder standen im Alter von 1-6 Jahren.

Fünf junge Menschenleben sind den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen zum Opfer gefallen. Man wird sich entsetzen, man wird ein paar Mitleidsstränen fließen lassen, aber ob man die Ursache des Unglücks beseitigen wird? — Wer weiß?

Das Vieh in den agrarischen Ställen ist entschieden besser daran als diese armen Menschen. Es wird gut gepflegt und warm gehalten und kommt nie in die entsetzliche Lage, um der Kälte zu entgehen, an Rauchvergiftung sterben zu müssen.

**25 Grad Kälte.** Die Nacht zum Montag wies seit Beginn des Winters die höchste Kälteperiode in Berlin auf. In der inneren Stadt sank an den Thermometern die Quecksilbersäule gegen 3 Uhr morgens auf 19 Grad unter Null; in Westend wurden um diese Zeit sogar 25 Grad registriert. Die Spree, die noch vorgestern offene Rinne zeigte, ist völlig zugefroren, und die schmalen Fahrstraßen, die von Eisbrechern hergestellt worden waren, sind ebenfalls wieder unpassierbar geworden. Nur der Landwehrkanal, der durch Fabrikabwässer ständig warmen Zustrom hat, zeigt hier und da offene Stellen. An den Hafenspielen hat das Eis eine Stärke erreicht, daß die Schiffe über weite Flächen hinweg bequem ans Ufer gelangen können. Das Eis der Seen hat durchschnittlich eine Stärke von 14 bis 16 Zoll und besitzt eine Tragkraft von 50 bis 60 Zentnern, sobald über den Eisackel und Wannsee schwere Automobile fahren

konnten. Außer den Menschen und besonders den Obdachlosen haben auch die Tiere unter der Kälte empfindlich zu leiden. Auf dem Kalkberg in der Wenzelstraße brach ein Droschkenfuhrer vor Kälte erkrankt plötzlich zusammen. Alle Bemühungen, das Tier wieder aufzurichten, hatten keinen Erfolg. Man alarmierte die Feuerwehr, die aber auch nicht zu helfen vermochte. Auf einem Transportwagen schafte man schließlich das Tier nach seinem Stall.

Noch viel kälter aber war es in verschiedenen anderen Orten, auch in der näheren Umgebung Berlins, wo das Thermometer bis auf -35 Grad gesunken ist. Noch etwas niedrigere Temperaturen wurden an anderen Orten gemeldet. Die tiefste Temperatur in der Provinz Brandenburg hatte Rade bei -28 Grad Celsius. Noch eine höhere Temperatur ist in Neumünster gemessen worden, wo das Thermometer bis auf 30,3 Grad Kälte herabsank. Es ist dies die bisher niedrigste Temperatur, die dort je beobachtet worden ist.

Seit dem 2. d. Mts. „hält“ auch die Kälte, wenigstens von der mecklenburgischen Küste bis hinüber zur dänischen, vermuthlich aber in ihrer ganzen Ausdehnung, fest eine feste Eiskruste. Wer also Luft und Liebe hat, wird zu Fuß nach Dänemark und Schweden hinüber-spazieren können, ein Vergnügen, für das seit vielen Wintern — man sagt seit 1894 — keine Möglichkeit gegeben war. Am Sonntag waren Hunderte von Menschen nach Warnemünde gefahren, um eine kleine Promenade auf der Ostsee zu machen. Die Mole von Warnemünde ist völlig vereist. Die Stalaken einer Tropfsteinhöhle hängen die Eiszapfen an der Seitenmauer der Mole. An der Wand und Welle besonders ausgeföhren Stelle der Mole, an der bei bewegtem Meere die „Spritzer“ voranzurücken übersehen, sind jetzt diese Spritzer auf der Molenmauer zu Eis erstarrt. Auf der Rede von Warnemünde, etwa eine Seemeile von der Küste, lag gestern ein Dampfer, der in den Hafen einlaufen wollte, einaeisernen im Eis, und der keine Schleppe, der ihn heranziehen sollte, konnte an der Ausfahrt hart aber ohne Erfolg gegen die Eismassen an.

**Für 100.000 Mark Gold gestohlen.** Ein großer Diebes- und Fehlerprozeß beschäftigte die Frankfurter Strafkammer, vor der sich der Kaufmann Günther, der Registrator Freitag und der Arbeiter Horn unter der Anklage des Diebstahls bzw. der Diebstahl zu verantworten hatten. Letztere beiden waren Angeklagte der Deutschen-Gold- und Silberstempel-Anstalt und sollen durch Günther verurteilt worden sein, in den beiden letzten Jahren Goldplatten im Werte von über 100.000 Mark gestohlen zu haben, die sie dann an ihren Mitangeklagten veräußerten. Ursprünglich war noch ein

viertel Angeschuldigter, ein hiesiger Kaufmann, in die Affäre verwickelt; als er verhaftet werden sollte, gelang es ihm, ein scharfes Gift zu nehmen, dem er bald erlag. Der Diebstahl kam nun zutage, als man in der Gold- und Silberstempel-Anstalt Inventur machte, man wußte aber nicht, wer als Dieb in Betracht kam. Günther verriet sich schließlich selbst. Er verstaubte noch einen anderen Angeschuldigten zu verleiten, für ihn Goldplatten zu unterschlagen. Dabei war er jedoch an einem ehelichen Menschen gekommen, der sofort von der ihm gemachten Zusage seiner Direktoren Kenntnis gab, worauf die benachrichtigte Behörde die entsprechenden Verfügungen vornahm. Günther, der früher selbst Gold gegraben hatte, legte das Gold im Auslande ab und machte zu diesem Zweck häufige Reisen. Bei ihrer Vernehmung vor der Strafkammer waren die drei Angeklagten in vollem Umfang geständig. Das Gericht sah Günther als den Anstifter an und glaubte gegen ihn eine besonders hohe Strafe verhängen zu müssen; er erhielt sechs Jahre Zuchthaus. Gegen Horn lautete das Urteil auf zwei Jahre, gegen Freitag auf ein Jahr Gefängnis.

**Wieder ein Erdbeben in Süddeutschland.** Am Sonntag früh wurde in Freiburg, in den umliegenden Tälern und auf dem Schwarzwald ein vertikales verlaufendes Erdbeben verspürt, dem Krachen und Zittern der Wände und Fensterlizen folgte. Das Beben war von einem brausenden Windstoß begleitet. Viele Leute wurden aus dem Schlafe geweckt.

**Bombenattentat.** Das Opfer eines Bombenattentats wurde die in der Saulefinance von New York bekannte 32-jährige Witwe Helena Taylor. Nachmittags erschien in ihrer Wohnung ein Messenagerboy, der ihr ein großes Paket übergab. Als Frau Taylor das Paket öffnete, erfolgte plötzlich eine Explosion, und durch die herumfliegenden Bomben splitter wurde die Bedauernswerte in entsetzlicher Weise verstückelt.

**Reflektorglocke infolge des Kälte.** Infolge Einfrierens der Ableitungsröhre explodierte in der Spinnerei Busch in München-Gradbach ein Dampfkrän. Ein jugendlicher Arbeiter wurde getötet und zwei Arbeiterinnen schwer verletzt.

**Strandung eines französischen Dampfers.** Der französische Dampfer „Artois“, von Casablanca kommend, ist auf der Höhe von Tanger gestrandet. Rettungsboote des französischen Kreuzers „du Chayla“ retteten die aus dreizehn Mann bestehende Besatzung des „Artois“ und brachten sie an Bord des Kriegsschiffes.

Die rote Kranzschleife.

Am Montag ist wieder ein Kranzträger als Verursacher eines „ungebührlichen“ Verlebensgebührens verurteilt worden.

Am 16. Dezember 1911 konnten wir von einem Kranzträger, der vom hiesigen Schöffengericht von der Anklage, ein „ungebührliches“ Verlebensgebühren geleistet und verurteilt zu haben, freigesprochen werden.

Sink-Hofmann.

Die Verschmelzung der beiden Wagen- und Maschinenbau-Anstalten von Sink und Hofmann ist am Montag vorüberlich worden, nachdem sie monatelang geschwebt hat.

Die Verschmelzung der beiden Wagen- und Maschinenbau-Anstalten von Sink und Hofmann ist am Montag vorüberlich worden, nachdem sie monatelang geschwebt hat.

Die Verschmelzung der beiden Wagen- und Maschinenbau-Anstalten von Sink und Hofmann ist am Montag vorüberlich worden, nachdem sie monatelang geschwebt hat.

Durch den Zusammenchluss der beiden Fabriken wird ein Nebenbetrieb mit etwa 1500 Arbeitern geschaffen.

Verurteilte Diebeshelferin.

Jahres-Vergewaltigung Einbruch in das Verwaltungsgeschehen des Arbeiterverbandes hat ein gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts gezeitigt.

Eine Hundegeschichte vor Gericht. Mit einer nicht alltäglichen Hundegeschichte hatte sich das Schöffengericht in Zoppot zu befassen.

Die Hundegeschichte vor Gericht. Mit einer nicht alltäglichen Hundegeschichte hatte sich das Schöffengericht in Zoppot zu befassen.

Der Bebauungsplan für Gräbchen.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung den Bebauungsplan für den Teil der ehemaligen Feldmark Gräbchen...

Für die Märschlerstraße, deren Weiterführung bis zur Gräbchenstraße als Ringstraße von 15 bzw. 20 Meter Breite geplant ist...

Der „Hausfriedensbruch“ im Rathaus. Am 13. November 1911 war in Neumarkt die Stadtverordneten-Versammlung...

Der „Hausfriedensbruch“ im Rathaus. Am 13. November 1911 war in Neumarkt die Stadtverordneten-Versammlung...

St.-G.-B. gesehen werden. Das dem Angeklagten vom Polizeicommissar erklärte Verbot würde nur dann in Frage kommen...

\* Partigenossen von Breslau-Stadt. Der nächste Jahrestag des Sozialdemokratischen Vereins wird Montag, den 12. Februar...

\* Die Fleischpreise steigen. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat bei einer Reihe von Vorstandsmitgliedern...

\* Aus dem Gastwirtsgewerbe. Der Kellner Graef, der in der Reichshalle (Kaffee-Restaurant) bedienstet war...

\* In Groß-Möckern feierte der Arbeiter-Radfahrer-Verein am Sonntag im Lokale von Schreiber sein diesjähriges Fest.

Entsprechend wurden dieser Tage die Aichenteste auf dem Markt in alle Winde zerstreut.

Schwerer Eisenbahnunfall. Am Montag nachmittags entgleiste in der Station Winterwedetal in der Falz in Folge Radbruches ein Wagen...

Ein schwerer Automobilenfall. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in Lortien. Der Führer eines Kraftwagens bemerkte...

Günstiger Gelegenheitskauf. In München findet der Verkauf der Schmuckstücke des chinesischen Kaisers...

Vierfacher Mord in Lawrence. In einem Hause des Arbeiterviertels der Stadt Lawrence wurden die schrecklich verstümmelten Leichen von zwei Männern und zwei Frauen gefunden.

Im Niagara-See ertrunken. Eine Eisbrücke über die Stromschnellen des Niagara-Falles ist zusammengebrochen.

Schneeverschneungen. Der enorme Schneefall hat sowohl in Wien als auch in ganz Oesterreich-Ungarn große Verkehrsstörungen verursacht.

Schneesturm. In Venedig wütet ein seit Jahren noch nicht dagewesener Schneesturm.

zu Hilfe. Er habe, aus ähnlichen Vorlesungen gewöhnt, auch ein gutes Mittel an der Hand...

Niedergebrannt. Das im Jahre 1825 erbaute Hoftheater in Zimmern ist vollständig niedergebrannt.

Im Walsertal. Der bekannte Ballonführer Apotheker Adolf Mehl in Stuttgart, der schon seit längerer Zeit an einer Gehirnhautentzündung litt...

Einwärtige Beerdigung. Eine einwärtige Beerdigung hatte sich bei kürzlich verstorbenen Oberbürgermeister Brink in Offenbach am Main gewährt.

Flugblattverbreitung in Breslau-Ost und -West.

1000 Mark

bewilligte der Sozialdemokratische Verein Breslau-Stadt als erste Rate in die neue Sammlung für den Umbau des Gewerkschaftshauses.

9100 Mark.

Organisierte Arbeiter, sorgt, daß es weiter vorwärts geht, damit alle Vorbereitungen zum Umbau mit größter Sicherheit und Solidität unternommen werden können.

Die Fahrkarten der städtischen Straßenbahn.

Der hiesige Magistrat hat bekanntlich bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, die Fahrkartenpreise für die städt. Straßenbahn neu zu regeln.

2. Streckenkarten, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen mit der Maßgabe, daß die Karten für die Linie 1 (Schepiner Platz, Besingbrücke, Rookalischer Garten) auch für die Linie 2 (Schepiner Platz, Kaiserbrücke, Schöning) gelten.

3. Schülerkarten für sämtliche Linien einschließlich Ost- und West, auch an Sonn- und Feiertagen gültig, für den Kalendermonat zum Preise von 10 Mark, für das Kalendermonatsjahr zum Preise von 25 Mark.

4. Karten für städtische Angestellte für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

5. Studentenkarten für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 4 Mark, einschließlich Ost- und West 5 Mark für den Kalendermonat.

6. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

7. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

8. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

9. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

10. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

11. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

12. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

13. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

14. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

15. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

16. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

17. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

18. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

19. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

20. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

21. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

22. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

23. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

24. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

25. Karten für städtische Arbeiter für sämtliche Linien, nicht gültig an Sonn- und Feiertagen, einschließlich Ost- und West 3 Mark, einschließlich Ost- und West 4 Mark für den Kalendermonat.

\* Neue Schrebergärten. Am Neustrecher Wege, in der Nähe der Pionierstraße, sollen durch die Stadt Schrebergärten angelegt werden, wenn sich Pächter dafür finden.

\* Die Straßenglätte. Am Sonnabend ist auf der Taschenstraße ein Fräulein infolge der Straßenglätte ausgeglitten und zu Fall gekommen.

\* Maul- und Klauenseuche in Breslau. Unter dem Rindviehbestande des Gärtners M. Klemm, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt.

\* Ein Opfer der Kälte. Hilflos aufgefunden wurde am 4. d. Mts., abends 11 1/2 Uhr, vor dem Grundstück Neumarkt 26 der 38 Jahre alte wohnungslose Rechtskonsulent Pauser.

\* Fener in der Schmelz-Bräuerei. Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich in der Schmelz-Bräuerei, Rastplatzstraße 20/20B, ein Feuer in der Viehhoferei.

\* Die Diebstahl auf dem Schlachthofe nahmen in letzter Zeit wieder überhand. So wurden in den letzten Tagen aus der Schlachthofe ein halbes Schwein im Werte von 75 Mark, ein ganzer Hammel und zwei Kribbels gestohlen.

\* Diebstahl. In dem städtischen Schmelzgarten auf der Gießerstraße wurden vor einigen Tagen von dem Gerätehelfer, der Sommerlaube und der Bedürfnisanstalt die Fahrräder von Zimblek gestohlen.

\* Verloren wurden eine goldene Damenuhr und eine goldene Armbanduhr. Zu erfragen im Polizeipräsidium, Verlustnummer 184.

\* Gestohlen wurden eine Handtasche mit Inhalt, ein Herrenpelzragen, ein Damengürtel, ein goldener Damenuhr, zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein Karton mit Strohhüten, ein Koffer mit Schürzenständer, ein goldener Kettenarmband und eine silberne Damenuhr.

Eingefandt.

Wegen des Falles in München war die hiesige Polizei auf dem Verfolgsweg, um die in München eingekaufte Veranschaulichung des Verfalls der Weltmacht zu beschaffen.

Volkskennographie. Der deutsche Arbeiterkennographenbund beginnt in den nächsten Tagen neue Untersuchungen. Es hat sich gezeigt, daß die organisierte, klassenbewusste Arbeiterklasse sich alle modernen Eigenschaften und wissenschaftlichen Hilfsmittel zu eigen macht.

Der Magistrat soll ferner ersucht werden, die Verlängerung der elektrischen Straßenbahn nach Leerbeutel hinsichtlich in Erwägung zu nehmen und eine Vorlage wegen Einführung von Arbeiterfahrarten vorzubereiten.

\* Luft und Licht. Die Bauverhältnisse für eine gesunde Wohnung sind leider in früheren Jahren bei der Aufstellung der Straßenpläne nicht genügend berücksichtigt worden.

\* Genossen- und Gewerkschaftsmittelder! Donnerstag, den 15. Februar beginnt im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses ein kostenloser Anfängerkursus in der deutschen Volkstanzschule.

\* Humboldt-Verein für Volksbildung. Montag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wird im Thalia-Theater als Vorstellung für Kinderbemittelte Blumenthal-Radelburgs Lustspiel 'Die Orientreise' aufgeführt.

\* Im Bunde für Mutterkinder sprechen am 8. Februar im Freundesaal, Neue Gumpenstraße, Dr. Magnus Hirschfeld aus Berlin über 'Natur- und Rechtsgeschichte der Ehe' und Frau Grete Meißel-Deß aus Berlin über 'Ehe und wider die Ehe'.

\* An alle Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Baum's Festsaal, Matthiasstraße 88, eine Frauen- und Mädchen-Versammlung statt.

\* Todlich überfahren wurde am Montag abend gegen 8 Uhr der langjährige Kutcher der Firma Herz u. Gehrig, namens Anton Przybyla, Vorderleiche 3.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend ist eine Baubude auf der Schmelzstraße erbrochen worden; die Diebstahlsgegenstände sind in die Schmelzstraße entwichen.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonntag haben Einbrecher an drei verschiedenen Stellen der Liebeshandwerk ausgeführt.

\* Todlich überfahren wurde am Montag abend gegen 8 Uhr der langjährige Kutcher der Firma Herz u. Gehrig, namens Anton Przybyla, Vorderleiche 3.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend ist eine Baubude auf der Schmelzstraße erbrochen worden; die Diebstahlsgegenstände sind in die Schmelzstraße entwichen.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonntag haben Einbrecher an drei verschiedenen Stellen der Liebeshandwerk ausgeführt.

\* Todlich überfahren wurde am Montag abend gegen 8 Uhr der langjährige Kutcher der Firma Herz u. Gehrig, namens Anton Przybyla, Vorderleiche 3.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend ist eine Baubude auf der Schmelzstraße erbrochen worden; die Diebstahlsgegenstände sind in die Schmelzstraße entwichen.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonntag haben Einbrecher an drei verschiedenen Stellen der Liebeshandwerk ausgeführt.

\* Todlich überfahren wurde am Montag abend gegen 8 Uhr der langjährige Kutcher der Firma Herz u. Gehrig, namens Anton Przybyla, Vorderleiche 3.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend ist eine Baubude auf der Schmelzstraße erbrochen worden; die Diebstahlsgegenstände sind in die Schmelzstraße entwichen.

\* Einbruch. In der Nacht zum Sonntag haben Einbrecher an drei verschiedenen Stellen der Liebeshandwerk ausgeführt.

Die Abstimmungen in der Schweiz.

Bern, 4. Februar. Das Versicherungsrecht wurde mit 285.000 gegen 239.000 Stimmen angenommen.

Basel, 4. Februar. Bei der heute vollzogenen Ersatzwahl in den Nationalrat siegte Regierungsrat Wulfschleger (Soz.) mit 7321 Stimmen über Dr. Joss (Kathol.), der 3659 Stimmen erhielt.

Büsch, 4. Februar. Als Regierungsrat wurde kampflös Straßmann gewählt. Bei der Bezirksratswahl im Bezirk Büsch siegte der Sozialdemokrat Lehner Debrunner mit 2700 Stimmen Mehrheit über den freisinnigen Geschichtsschreiber Zwiggli.

Das internationale Weltkräft.

Petersburg, 6. Februar. Das baltische Flottenprogramm des Marineministers ist soweit fertig, daß es bereits in den nächsten Tagen der Reichsduma zugehen wird.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Konstanz, 6. Februar. Die Marineverwaltung in Casellamare wird demnächst zwei neue Torpedobomber in Bau nehmen, welche mit Geschützen von 215 Millimetern armiert werden sollen.

Neueste Nachrichten.

Die Landtagswahlen in Bayern.

Berlin, 6. Februar. Folgende Einzelresultate werden aus München gemeldet:

München I. Schön (Lib.). München II. Bickelmann (Soz.). München III. Löwenich (Lib.). München IV. Dr. Duidde (Demokr. Lib.). München V. Dr. Günther (Lib.). München VI. Schmitt (Soz.). München VII. Rothhaupter (Soz.). München VIII. Müller (Soz.). München IX. Luer (Soz.). München X. Zimm (Soz.). München XI. Schmid (Soz.). München XII. v. Kollmar (Soz.). Augsburg I. Dr. Dirx (Lib.) an Stelle von Dr. Thoma (Lib.).

Augsburg II. Kollwagen (Soz.) bisher Mayor (Zentr.). Augsburg III. Wärtle (Ztr.) wiedergewählt. Nürnberg I. Sächler (Soz.). Nürnberg II. Haberlein (Lib.). Nürnberg III. Dr. Süßheim (Soz.). Nürnberg IV. Dorn (Soz.). Nürnberg V. Simon (Soz.). Nürnberg VI. Schneppenhorst (Soz.) bisher Kollwagen (Soz.). Würzburg I. Endres (Soz.) bisher Duschel (Zentrum). Würzburg II. Köhl (Lib.) wiedergewählt. Würzburg III. Reuß (Zentrum) wiedergewählt. Neugewählt Stang (Zentrum) an Stelle von Schwarz (Zentrum). Ludwigs-Hafen I. Haber (Soz.) gewählt. Ludwigs-Hafen II. Körner (Soz.). Kaiserlautern. Hoffmann (Soz.), Klement (Soz.). Bamberg I. Heß (Lib.) gem. bisher Dr. Schädlcr (Ztr.). Bamberg II. Caffer (Ztr.), v. Malfen (Ztr.) wiedergewählt.

Gewählt sind nach dem endgültigen Resümee: 87 Zentrum, 85 Liberale und deutscher Bauernbund, 30 Sozialdemokraten, 4 bayerischer Bauernbund, 7 Konservativen und Bund der Landwirte. Das Zentrum gewinnt 2 und verliert 13, die Liberale gewinnen 13 und verlieren 2, die Sozialdemokraten gewinnen 9, der bayerische Bauernbund gewinnt 3 und verliert 2, die Konservativen und der Bund der Landwirte gewinnen 2 und verlieren 12.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Station, 4. Februar, 5. Februar, 6. Februar. Rows include temperature, wind, and other weather data for various stations.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 4 columns: Station, 6.2., 5.2., Mittel. Rows include water level data for various stations along the Oder river.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 6. Februar: Züngerbund. Sechswöchentliche Probe im großen Saal. Zehnjahres. Versammlung im Zimmer 1. Sachdecker. Versammlung im Zimmer 3. Glaser. Versammlung im Zimmer 5. Seizer und Polierer. Versammlung im Zimmer 7. Mittwoch, den 7. Februar: Metallarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saal. Holz- und Maschinenarbeiter. Versammlung im Billardzimmer. Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Hammer und Hilsarbeiter. Versammlung im Zimmer 3. Donnerstag, den 8. Februar: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Tapezierer. Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung (Neuwahl der Ortsverwaltung) im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7. Sonnabend, den 10. Februar: Holzarbeiter-Verband. Maskenball im großen Saal. Lederarbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Jahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Montag, den 12. Februar, in den bekannten Lokalen.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 1. (Grünfelder) Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Boremba. Tagesordnung: 1. Unsere Gemeindevorwahlen. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Landdistrikt 13. (Ostschin.) Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung beim Gastwirt Färsche (früher Müller). Tagesordnung: 1. Die Gemeindevorwahlen. 2. Abrechnung und Vereinsangelegenheiten. Mitgliederversammlungen mit der gleichen Tagesordnung im Mitgliederversammlung, den 10. Februar, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Scholz und Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im Café-Restaurant. Wo, sagt der Bezirksführer.

Abzahlungsgeschäfte

Möbel u. Waren... Adolf Schröter, Zum Blücher

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco... Thomas Bräuse

Bäckereien und Konditoreien

Bäcker... Backwaren... Bäckerei

Bandagisten

Fritz, W., Rein, Joh.

Berufskleidung

Berufskleidung... Herndl

Blumenhandlung und Kränze

Blumenhandlung... Brauerei

Blusen u. Kostüme

Blusen u. Kostüme... Café

Damen-Konfektion

Damen-Konfektion... Rösler, Felix

Orogen und Farben

Orogen und Farben... Eisen- u. Stahlwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen... Fahrradhaus

Fabrikation u. Wäscherei

Fabrikation u. Wäscherei... Kelling, W.

Fische u. Delikatessen

Fische u. Delikatessen... Barnert, Oscar

Erscheint 3mal wöchentlich

Friseur und Barbier... Friseur

Fleischereien u. Wurstfabriken

Fleischereien u. Wurstfabriken... Fleischerei

Hüte und Mützen

Hüte und Mützen... Barth, H.

Kinderwagen

Kinderwagen... Goetz Söhne

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich

Kleiderstoffe, Seldwaren

Kleiderstoffe, Seldwaren... Hecht & David

Kohlens u. Briketts

Kohlens u. Briketts... Kohlen

Kolonialwaren

Kolonialwaren... Kolonialwaren

Konfektionen und Schokoladen

Konfektionen und Schokoladen... Konfektion

Korsetts

Korsetts... Korsetts

Lampen

Lampen... Lampen

Lederwaren und Sattler

Lederwaren und Sattler... Lederwaren

Linoleum, Wachstuche

Linoleum, Wachstuche... Linoleum

Malkaffee

Malkaffee... Malkaffee

Grabdenkmäler

Grabdenkmäler... Grabdenkmäler

Grab- und Türschilde

Grab- und Türschilde... Grab- und Türschilde

Grammophone

Grammophone... Grammophone

Gardinen, Teppiche

Gardinen, Teppiche... Gardinen

Galerier- und Spielwaren

Galerier- und Spielwaren... Galerier- und Spielwaren

Gebirgs- u. Bergwaren

Gebirgs- u. Bergwaren... Gebirgs- u. Bergwaren

Bezugsquellen-Verzeichnis

Neus- u. Küchengeräte... Bayer, S.

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Hängelampen, Tischlampen etc... Hängelampen

Herrn-Garderobe... Herren-Garderobe

Den Kellern bei Einkauf empfohlen

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus

Kaufhaus „Zur Einigkeit“... Kaufhaus



## Preussisches Abgeordnetenhause.

8. Sitzung. Montag, 5. Februar, 11 Uhr.  
Am Ministerisch: Dr. Lenzke.

### Die erste Lesung der Steuerreform.

Finanzminister Dr. Lenzke: Die ganze Steuerreformvorlage war von der Prüfung der Frage abhängig, ob die vor einigen Jahren bewilligten Zuschläge nennenswert entbehrlich sind oder nicht. Die Denkschrift gibt die Antwort auf diese Frage. Herr Gehlert nannte sie eine Milchmädchen- oder Schneidertechnung, aber sie bedeutet doch für die Regierung und den Landtag eine wichtige und grundlegende Arbeit. Sie schafft Klarheit über unsere Finanzlage und ihre dauernden Bedürfnisse. Ich habe niemals gelagt, daß unsere Finanzlage eine glänzende sei. Ich habe nur hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Grundlage unserer Staatsfinanzen gesund ist. Daraus ist ein Schluß auf die Notwendigkeit der Entbehrlichkeit der Zuschläge nicht zu ziehen. Hat ein Steuerpflichtiger sich eingelebt, dann sucht man es nach Möglichkeit aufrecht zu halten. Wir haben alle Vorschläge geprüft; insbesondere die Vorschläge einer Vermögenszuwachssteuer und einer Liebersteuerveränderung. Sie haben sich aber nicht als durchführbar erwiesen. Wir haben nun die Steuerzuschläge systematisch in den Steuerarten eingeordnet. In Bezug auf die Progression bei den hohen Einkommen mußten wir uns Zurückhaltung auferlegen mit Rücksicht auf die doppelte Wirkung nach der Seite der kommunalen Belastung. Wir müssen mit der Gefahr rechnen, daß das zahlungsfähige Kapital aus Preußen auswandert. Es war leider unmöglich, die Einkommen von 900 bis 1500 Mark von der Steuer zu befreien. Es wäre für den großen Ausfall keine Lösung vorhanden, sondern wir sind an dem Grundsatze festhalten, daß den Reichen auch Pflichten gegenüberstehen. Der zweite Teil der Vorlage will die Möglichkeit geben, die steuerpflichtigen Einkommen auch wirklich in voller Höhe heranzuziehen. Das Publikum soll zu einer vollständigen Steuererklärung erzwungen werden. Insbesondere soll bei wiederholter

**Widerrechtlichkeit der Steuerbefreiung** eintreten können. Hier liegt ein allgemeines Staatsinteresse vor. Wir legen besonderen Wert darauf, die neuen Bestimmungen in richtiger und guter Weise in die Praxis umzusetzen. Ein Hauptmittel dazu ist der Generalparagraf, den wir einführen. Es ist nun vielfach anerkannt, die Veranlagung der Landräten und Bürgermeistern abzunehmen und besonderen Veranlagungskommissionen zu übertragen. Ich will nicht in Abrede stellen, daß das geeignet wäre, in der ganzen Monarchie eine möglichst einheitliche Veranlagung einzuführen. (Hört, hört! links.) Aber auf der anderen Seite stehen dem sehr erhebliche Bedenken gegenüber. Es fehlt an einer ausreichenden Zahl hinreichend vorgebildeter Vorgesetzter. Um aber trotzdem eine möglichst einheitliche Steuerveranlagung herbeizuführen, sind die sämtlichen Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen auf das nachdrücklichste darauf hinzuwirken worden, die Vorschriften der Steuerreform auf das sorgfältigste zu beachten. (Zuruf links: Ist das bisher nicht geschehen?) Wo in einzelnen Fällen sich herausstellen sollte, daß das bisherige Verfahren nicht ausreicht, sollte ein besonderer Veranlagungskommissionar bestellt werden, und zwar nicht nur für städtische Bezirke, sondern auch auf dem ländlichen Lande. Der Minister schließt mit der Bemerkung, daß die Unvollständigkeit der finanziellen Entwicklung im Reich mit der Minderwirkung auf Preußen ein Moment der Unsicherheit bringe, daß die Vorlage aber in jedem Falle große Vorteile habe. Es handle sich um eine große Kulturleistung. (Beifall rechts.)

### Abg. Dr. Vredt (freikont.):

Die Frage, ob die Festlegung der Steuerzuschläge eine Notwendigkeit ist oder nicht, wird einer ganz besonderen Prüfung bedürftig, ich nehme daher namens meiner Fraktion jetzt keine Stellung dazu. Die zweite Frage ist die, ob wir in eine Neuordnung, eine Verbesserung unserer Gesetzgebung in Bezug auf die direkten Steuern überhaupt eintreten sollen oder nicht. Diese Frage ist zu bejahen. Wir kommen auch nicht an dem Problem der Teilung des Steuerertrags zwischen Reich und Preußen vorbei. 30 Jahre alt ist die Regel: die indirekten Steuern für das Reich, die direkten für den Einzelstaat. Das Reich hat schon damit begonnen, die direkten Steuern nutzbar zu machen; Erbschaftsteuer, Lotteriesteuer. Der Redner erörtert die Frage der Besteuerung der Aktienbesitzer und empfiehlt eine Besteuerung nach Art der im Jahre 1908 vorgeschlagenen, aber abgelehnten Gesellschaftsteuer. Wir rechnen bestimmt auf den Ausbau der Ergänzungsteuer damit nicht vom Reich aus noch die letzte größere Steuerreform Preußens begehrt wird. (Beifall bei den Freikont.)

### Abg. Dr. Keil (nationalliberal):

Die Mehreinnahmen sind im Etat sicherlich zu niedrig veranschlagt. Wir hatten feinerzeit nicht die Absicht, die Zuschläge auf die Dauer zu bewilligen. Die Kommunalbesteuerung verlangt endlich eine gründliche Reform. Wir sind entschlossen, die dauernde Beibehaltung der Zuschläge abzubauen. Solch doch die Wehrmachtvorlage im Reich jährliche Mehreinnahmen von 160-175 Mill. Mark erfordern. Das beste ist, wir vereinbaren ein neues Provisorium von etwa drei Jahren. (Zehr richtig!) Es wird auch sehr eingehend zu unteruchen sein, ob nicht die Einkommen von 900 bis 1200 Mark steuerfrei bleiben können. In Bezug auf die Veranlagungskommissionen müssen wir auf einer Reform bestehen. Der Minister hat ja heute wertvolle Zugeständnisse gemacht; er soll aber daraus die Konsequenzen ziehen. Wir haben also kein Mißtrauen gegen die Landräte, aber die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen sind unvollkommen. In der Regel sollte ein Steuerpflichtiger Vorsitzender der Veranlagungskommission sein und nicht nur ausnahmsweise. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unsere Vorschläge namentlich in Bezug auf die Verbesserung des ganzen Veranlagungsverfahrens die Grundzüge der Einkommensteuer zu steuern werden, daß in längstens drei Jahren auf die Zuschläge vollkommen verzichtet werden können. (Beifall links.)

### Abg. v. Hennig-Teichlin (kont.):

Wir hatten damals angenommen, daß die Zuschläge in einigen Jahren wieder aufgehoben werden würden; aber mit den Einnahmen sind auch die Ausgaben gestiegen. So weit es Staatsteuern sind, sind die Zuschläge erträglich und würde aus diesem Gesichtspunkte gegen ihre dauernde Festsetzung nichts einzuwenden sein. Anders liegt die Sache aber hinsichtlich der Zuschläge für die Gemeinden. Ich kann mich da nicht auf die Seite der Kommunalen stellen. Wir müssen uns der Auffassung der bisherigen Redner anschließen, daß die Festlegung der Zuschläge jetzt nicht angebracht ist. Die Bedenken sind sehr groß. Wir können nicht die Entwicklung der nächsten Jahre, nicht die Ansprüche des Reichs, wir wissen nicht, wie weit die Eisenbahnen weiter die Ueberlässe bringen werden. Die Zuschläge zur Zeit zu erhöhen, dürfte sich nicht zu haben. Der Herr neigt sich gegen den Vorschlag einer Liebersteuer aus, die eine Prämie gegen die Spararbeit sein würde. Besonders gesteuert haben wir uns über den Teil des Gesetzes der Einkommensteuer und Veranlagung betriebl. Wir müssen mit aller Mäßigkeit für die wirkliche und volle Erfassung der Einkommen sorgen. Für uns ist es keine politische Frage; die Art aber, wie die Herren auf der Linken diese Frage behandeln, macht sie dazu. Es war nicht angebracht, die Landräte in die Debatte zu ziehen. Die Landräte haben das ihrige getan und versucht, gegen Steuererhöhungen mißsam vorzugehen. Persönliche Rücksichten haben keinen Einfluß gehabt; gerade bei den Subalternen werden diese eine viel größere Rolle spielen. Die besondere Steuerbehörde, losgelöst von der Verwaltung, wird eine wesentliche Verschlechterung bedeuten. Was die Deklaration des Vermögens anlangt — ich lasse es dahingestellt, ob sie zu empfehlen ist — so ist sie doch nur denkbar, wenn auch der Kapitalbesitz, die Depots, veräußert werden und wenn weiter für ausreichende Geheimhaltung gesorgt wird, um besonders die Bedenken des Mittelstandes wegen Kreditwürdigkeit zu zerstreuen. Haben doch jetzt schon Kreditinstitute die Wählerlisten benutzt, um sich für fünf Jahre Material zu verschaffen! Der Redner schließt mit der Erwartung, daß die Ausgestaltung der Vorlage eine wesentliche Verbesserung des Steuerwesens zur Folge haben wird. (Beifall rechts.)

### Abg. Graf Spee (Zentr.):

Der Schutz der Privatinteressen darf nicht übersehen werden. Kürzlich forderte man, entscheiden gegen alles Sozialistische vorzugehen. Hier aber handelt es sich um eine staatssozialistische Entwicklung, die auf die Dauer zur Sozialdemokratie führen muß. (Heiterkeit links.) Wie die Dinge im Reich liegen, läßt sich gegenwärtig nicht entscheiden, ob die Zuschläge dauernd beibehalten oder aufgehoben sind. Vielleicht empfiehlt sich die Schaffung einer Bestimmung, nach der kein Preusse verpflichtet ist, mehr als einen bestimmten Prozentsatz seines Einkommens als Steuer zu bezahlen. Eine Vermögensdeklaration ist mir dann namentlich, wenn sie beim Kapitalbesitz nicht nachgeprüft werden kann; sie muß auch geheim bleiben. Gegen die Einführung der Ergänzungsteuer habe ich Bedenken; wie lange noch, dann folgt die Zuschlagsstrafe. (Heiterkeit. Zuruf: Prügelstrafe.)

Gegen die habe ich nicht; sie ist weniger unangenehm als die Vermögensstrafe. Wir waren Gegner der bisherigen Angelegenheit der Arbeitgeber. Bezüglich der Staat die Ausgaben der Pension, so mag er auch den Zweifel selbst beweisen.

### Abg. Hirsch (Sozialdemokrat):

Graf Spee hat den Finanzminister gewissermaßen als neuen Blockbruder der Sozialdemokratie hingestellt. (Heiterkeit.) Er hat es fertig bekommen, selbst bei dieser Gelegenheit mit dem roten Welpen zu operieren. Die Rede des Grafen Spee war ein Beweis, wie wenig zureichend das Wort des früheren Finanzministers von Rheinbaben ist, daß das jetzige Steuerwesen in Preußen ein „äländendes Zeugnis für die Selbstlosigkeit der bestehenden Klassen“ sei. Meine Freunde halten den Grundgedanken des preussischen Steuerwesens für richtig. Ich weiß Anklagen auf an die Zeit, wo der Vater des Gesetzes

### Herr v. Miquel noch unter Parteigenosse

war. (Heiterkeit.) Wir sind stets von dem Standpunkt ausgegangen, daß es sozial richtig ist, daß die Steuer bemessen werden muß nach der Leistungsfähigkeit. Aber gegenüber der Verherrlichung unterer Steuererhebung ist es doch angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Regierung feinerzeit die Zustimmung des Parlaments zu dem Gesetz hat erlangen müssen mit einer Liebesgabe an die Großgrundbesitzer. Unser Programm fordert bekanntlich eine progressive Steigerung der Einkommen- und Vermögenssteuer und die Selbsteinkommensteuer. Beides ist in Preußen bis zu einem gewissen Grade verwirklicht, wenigstens haben wir bei der Einkommensteuer eine Progression, die uns allerdings noch lange nicht weit genug geht. Es wird sehr viel Mißtrauen dem Reich gemacht, daß die niedrigen Einkommen nur mit 0,62 Prozent besteuert werden, die höheren Einkommen dagegen mit 20 Prozent. Um aber ein richtiges Bild zu bekommen, muß man die gesamte Steuerbelastung des Einzelnen auch mit indirekten Steuern in Betracht ziehen. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Und da haben Männer wie Prof. Adolff Wagner und Prof. Julius Wolf selbst zugegeben, daß die anderen Einkommen wesentlich höher belastet als die mittleren und höheren Einkommen. Graf Spee stellte die Behauptung auf, es komme vor, daß Einkommen bis zu 50 Proz. in Preußen mit Steuern belastet seien. Er hatte dabei wohl Grundbesitzer im Auge. Ja, wenn man alle öffentlichen Lasten zusammenrechnet, so ist es ja wohl möglich, daß ein Grundbesitzer 50 Proz. von dem, was er einnimmt, in Form von solchen Steuern abgeben muß, aber Graf Spee darf nicht verwechseln, daß ein großer Teil dieser Lastungen ganz oder überwiegend abgewälzt wird. Will Graf Spee etwa behaupten, daß die Hausbesitzer in großen Städten es sehr wohl verstehen, die Grundsteuer auf die Mieter abzuwälzen! (Zehr wahr! bei den Soz.) Also es ist gar kein Gedanke daran, daß in Preußen jemand 40 bis 50 Proz. seines Einkommens an Steuern zahlt.

### Was die Einkommensteuer angeht, so ist es bekanntlich im Lauf der Jahre geändert, zum Teil verbessert, zum Teil aber auch retrograd gestaltet worden. Ich denke da an die

### Belastung der Konsumvereine

und vor allem an die Ausnahmestimmung gegen die Arbeiter, die im § 23 des Gesetzes liegt. Dadurch werden die Arbeiter in vollem Umfang zu den Steuern herangezogen, was bei mirlich bei den Leuten, die sich selbst entschließen, nicht immer der Fall ist. Alles was im Laufe des Jahres von den Arbeitern verdient wird, wird versteuert, selbst Lieberstunden, trotzdem der Arbeiter durch solche Lieberstunden vielfach noch besondere Nutzen hat, indem er auswärts arbeiten muß usw. Jeder andere würde sich solche Ausgaben von seinem Einkommen abziehen, während das den Arbeitern nicht möglich ist.

Wer also die Arbeiter nicht ungerechter behandelt wissen will, als andere Staatsbürger, muß dafür eintreten, daß dies Ausnahmegesetz beseitigt wird. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter haben wir an dem bisherigen Gesetz auszugehen, daß die Ergänzungsteuer nicht progressiv gestaltet ist. Was die Frage der Beibehaltung der Steuerzuschläge von 1909 anlangt, so habe ich bereits bei der Staatsberatung darauf hingewiesen, daß bei der günstigen Finanzlage eine Konvention dazu nicht vorliegt. Die Tatsache steht fest, daß die letzten Staatsjahre weit günstiger abgelaufen haben, als die Regierung angenommen hat. Auch verschiedene Vorgesetzte haben schon der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Regierung zu schwach steht. Jedenfalls ist ein Beweis dafür, daß die Steuerzuschläge bereivigt oder in das Gesetz eingearbeitet werden müssen, nicht erbracht. Wenn die Regierung weitere Mittel braucht, dann darf man auf keinen Fall die Steuern dauernd erhöhen, da schreit man am richtigsten der Vorschlag einer Quotierung der Einkommensteuer. Nach meiner Ansicht können wir aber auch ohne

## Volksvorstellung im Thalia-Theater.

### Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank von Schopenhauer und Kadelburg.

Der gute Emanuel Striese hätte gestern gar nicht so viel von den Schönheiten der Sabinerinnen brauchen; man sah sie bei dieser Vorstellung selber schon leibhaftig und anschaulich! Fast keiner der Darsteller beherrschte seine Rolle, fast jeder verwandte keinen Blick vom Souffleurkasten; man amüsierte sich über die eigene Hilflosigkeit und die des andern, und wenn es für den Augenblick gar nicht mehr weiter ging, machte man Witze eigener Prägung. Herr Mühlberg, der sonst so sympathische Künstler, erschien im dritten Akt in einem Bandenführer, warf mit ihm nach der Schwiegermutter und brachte die Weine auf den Schreibtisch. Herr Korth legte dem Striese solche Albernheiten in den Mund, daß Herr Schindler vor Erschrecken vollends die letzten Brocken seiner Rolle vergaß. Und Herr Marx, fesselt uns Regisseur, bildete das alles nicht nur, — er schnappte gleichfalls mit all dem Aufwand, den er hatte, für seinen Karl Groß nach jedem Wort der Souffleuse und kam endlich im allgemeinen Durcheinander um alle seine Pointen. Wir fragen: wie lange gedenkt man noch solche Schmierhaftigkeit als „Volksvorstellung“ auszugeben? Haben denn die verantwortlichen Leute gar kein Gefühl dafür, daß das ganze, mühselig genug aufgebauete Geschäft schließlich einmal mit einem gewaltigen Knack zusammenbrechen muß? Schon gestern führten wir bei den tollkühnen Episoden, daß selbst die Ungeschicktesten ihrer Entrüstung über solche Unrichtigkeit laut bei offener Szene Ausdruck verleihen würden.

Daß dies noch verhindert werden konnte, lag an der bildhaften Unfähigkeit des Inhalts selbst, der selbst durch die schlimmsten Verzerrungen der Schauspieler nicht ganz totgeschlagen werden konnte. Es wäre gar manches zu dem Schwank zu sagen, in der Hauptsache über das, was bei Emanuel Striese sich hinter den Witzchen und Scherzchen verbirgt. Dieser alte Theaterhase wird nämlich entwürdigt, wenn man ihn als bloßen Spasmacher auf die Bühne bringt, wie es Herr Korth, und auch dies noch mangelhaft, beliebt; er ist auch ein Gesandener und Geplagter, ein Proletarier der Kunst, dessen Sinn für das Ideale seines Berufs im Umherziehen auf der Landstraße verstaubt wurde. Doch die Luft ist uns benommen, darauf einzugehen; möge diese „Volksvorstellung“ so schnell als möglich vergehen sein.

## Stadt-Theater.

### „Der Barbier von Sevilla“ von Rossini.

In einer Oper, die einen Dialog hat, sollte nie ein Künstler zitiert werden. Denn dieser Dialog wird an jeder Bühne anders das heißt nach dem Geschmack der jeweiligen Regisseure und Schauspieler jugelst und die „Tradition“ ist dann das übrige. Ist es schon für einen Gast sehr heikel, in ein festgelegtes musikalische Ensemble — meist ohne größere Probe — einzutreten, so ist es geradezu gefährlich für ihn, in einer komischen Oper mit Dialog zu gastieren. Da ist es nur zu natürlich, wenn hier und dort Verlegenheitspausen entstehen, indem dieser an jenes, jener an dieses Stichwort, an einen ganz bestimmten — freilich nicht immer geschmackvollen — Witz gewöhnt ist. So geschah es auch vielfach am Montag, wo ein Herr Dank als Gast den Doktor Bartolo auf Anstellung sang. Es muß schon ein Künstler von außergewöhnlichen Eigenschaften sein, der unseren Schauer erregen soll. Diese besitzt freilich der Gast nicht. Immerhin möchte man ihn als „brauchbar“ bezeichnen. Er besitzt nicht ulla Mittel, bewegt sich sehr sicher und gewandt auf der Bühne — für den alten Doktor vielleicht zu jugendlich — und ist scheinbar recht musikalisch. Keineswegs würde ich den Herrn ablehnen wollen, ohne ihn in einer andern, weniger von Gewohnheiten und Ueberlieferung abhängigen Partia gehört zu haben. — Den Grafen Almadiva sang Herr Klarmüller für einen deutschen Tenor ganz passabel, in Verlaufe des Abends jedenfalls bedeutend besser, als in der ersten Szene, wo ihm manches mißlang. Herr Dier war in der Titelrolle bestens disponiert und auch sonst in vorzüglicher Laune. Die Musikalische hatte vom Orchester bedeutend diskreter begleitet werden müssen, sonst war das Orchester ziemlich dezent. Herr Wittkopf erregte viel Heiterkeit, Frau Mac Grew und Fr. Reich waren wie stets gut auf dem Posten. — Das Theater war abnorm schlecht besucht.

## Lobe-Theater.

### Wilhelm Tell.

Schauspiel in fünf Akten von Friedrich Schiller. Ein vollendetes Kunstwerk, brauende Beifallsstürme — du lieber Himmel, wie lange hat man's im Lobe-Theater vermiffen müssen! Ja, noch immer ist der „Wilhelm Tell“ der Born, aus dem sich die Jugend die erste Begeisterung für Freiheitserleben holt, und wie ganz anders packt er auf der lebendigen Bühne als auf der mühsamen Schulbank, wo denn meistens irgend ein trockenem Schulmeisterlein Menschen und Dinge theoretisch zerlebert und aus ihnen Aufsatzhemata fabriziert. Hat sich hoch

Schiller selbst, in wohlwärtiger Erinnerung an die „Räuber“ und „Kabale und Liebe“ aus seiner Sturm- und Drangperiode, am „Tell“ wieder begeistert und erhoben. 1803, zwei Jahre vor seinem Tode, schrieb er während der Arbeit über den „Tell“: „Ich will mit meinem Tell den Deuten den Kopf wieder warm machen“. Und bis heute gelingt ihm dies, wenigstens bei den jungen Leuten.

Es werden auch durch Mängel in der Darstellung nicht weiter ernüchert. Zunächst: Herr Bauer ist kein Tell. Wenn er will, gerät sich seiner Sprache nicht an Wucht und Temperament, aber schadenlos genießt man das nur selten; er hehlt und zerrt und veräppelt die Verse oder gefüllt sich an der Grandezza eines Räuberhauptmanns. Der große Monolog an der „hohlen Gasse“ mißlang vollständig, weil Herr Bauer keine Steigerung der Empfindungen und Entschlüsse kennt, die mitreißt und die dargestellte Figur langsam emporschnellen läßt. Schade drum; äußerlich ist er ein recht repräsentabler Herr, für den Tell wie geschaffen. Das ablige Mädchen, Rudenz und Vertha, sind in Herrn Feh und Fräulein Bäckertz hingegen recht gute Darsteller; Herr Schmidt machte aus seinem Gelehr keinen gar so schlimmen Höflichkeit. Die Herren Berger, Varna, Johow, Skoda, die Damen Salla, Fernie, Sante haben gleichfalls Verdienste um die Aufführung. Die Regie des Herrn Vanno hatte das ganze ziemlich fest am Zügel und weniger gefirchten, als wir vermutheten; gut gelang die Mülli-Szene mit den rot erglühenden Fingern im Hintergrund. Mit der Zeit werden gewiß auch manche Aulissen an innerer Regigkeit gewinnen. — Das „Tell“-Verprechen hat die Theaterleitung nun eingelöst; wann aber wird dem Klassiker eine neue Gasse gebahnt? Nach den letzten Wochen ist viel nachzuholen!

## Literatur.

**Erläuterungen des Italiden- und Hinterblebenen-Verfahrens** nach der Reichsversicherungs-Ordnung vom 19. Juli 1911 zum praktischen Volksgebrauch von Arthur v. Francois (1912, Pustkammer u. Mühlbrecht, Berlin W 68), Einzelpreis 1,25 Mk. Der Name des Verfassers A. v. Francois, der feinerzeit auch über das alte Gesetz Erläuterungen verfaßt hat, die sich wegen ihrer kurzen, knappen Form und des sehr übersichtlich verteilten Stoffes von allen anderen solchen Erzeugnissen vorteilhaft abheben, bürgt dafür, daß auch das neue Gesetz in gleicher Uebersichtlichkeit und befehlender Form behandelt ist. Da namentlich ein besonderer Wert auf die Bestimmungen über die Erhaltung der Unversehrtheit und Erlangung von Renten gelegt ist, so verdienen es diese Erläuterungen, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden.

Jede Steuererhöhung weist höhere Einnahmen erzielen durch Einführung des

**Deklarationszwang zur Erbschaftsteuer.**

Es ist unbestreitbar, daß infolge des Mangels dieses Deklarationszwanges eine ganze Menge großer Vermögen nicht versteuert werden. Es ist ja niemand verpflichtet, sein Vermögen zu deklarieren. Ich weiß nicht, warum die Regierung diesen Zwang jetzt erst bei 20.000 Mark Vermögen einführen will. Aber es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß selbst dann aus der Vermögenssteuer ganz erheblich mehr Einnahmen erzielt werden. Eine weitere Erhöhung der Einnahmen könnte erreicht werden, wenn sich die Mehrheit dazu verstehen könnte, die Progression bei der Erbschaftsteuer auszubauen. Der allem glaube ich, daß wir durch bessere Handhabung schon des jetzt bestehenden Gesetzes umfände sind, mehr Steuereinnahmen herauszubekommen. Das Kapitel der Steuerhinterziehungen ist so wiederholt erörtert worden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß die Steuerhinterziehungen nur auf dem Lande vorkommen, sondern, auch in den großen Städten werden Steuern hinterzogen. Hier wird auf beiden Seiten gesündigt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nebenfalls haben die Steuerhinterziehungen einen solchen Umfang angenommen, daß Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen. Ich erinnere an die Rede des Stadtrats Volpert-Vorbrunn, der behauptet, daß in die 70 Millionen Mark jährlich dem preussischen Staat durch solche Steuerhinterziehungen entgehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Vor allem wird es darauf ankommen, daß nicht politische Beamte, wie die Landräte, sondern Beamte mit kaufmännischer Erfahrung in den Verwaltungsbereichen sitzen. Oder glauben Sie etwa, daß ein Landrat, der nun Vorsitzender der Steuerberatungskommission wird, auch gleich das Zeug dazu hat, daß mit dem Amte der Vorstand kommt? (Weiterheit und sehr gut bei den Soz.) Die Landräte werden vielfach gemaßigt daran denken, die Angaben der Personen, mit denen sie gesellschaftlich verkehren, anzugeben.

Von einer Prellkassa der unteren Steuerstufen will der Finanzminister leider nichts wissen. Er wandte sich dagegen unter anderem auch mit dem Argument, es sei notwendig, daß jeder.

**Der Rechte beanspruchte, auch Pflichten erfüllen müsse.**

Zos ist ja sehr schön, aber die Arbeiter haben eben sehr wenig Rechte in Fragen, und vor allem das höchste Recht, das Wahlrecht, nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Verbesserung der Verfassung ist, daß die Arbeitslosigkeit von den Wahlen in Zukunft als unfähigste Zeit für die Steuerberechnung gelten soll, während bisher der Abzug erst bei zehn Wochen möglich war. Es war zweifellos ein großer Mißstand, daß auch ein Arbeiter, der sechs bis sieben Wochen arbeitslos war, für diese Zeit, wo er gar nichts verdient, Steuern bezahlen mußte. Die Lage der Arbeiter in Deutschland ist keineswegs ein so glänzendes, wie sie vielfach geschildert wird. Ich erinnere daran, daß auch Friedrich v. Bodelschwingh einmal geäußert hat, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter unter Verhältnissen lebt, die als völlig ungenügend anzusehen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Man verweist nun gegenüber unserem Verlangen, die unteren Steuerstufen freizulassen, vielfach auf die Beiträge, die die Arbeiter an die Gewerkschaften zu zahlen haben. Dieser Vergleich ist aber ganz unangebracht. Es handelt sich bei diesen Beträgen nicht um Steuern, sondern um eine Art Sparanlage. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein sehr großer Teil dieser an die Gewerkschaft geleisteten Beiträge wird den Arbeitern wieder zurückgegeben in Form von Heile, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun verlangt man eine noch weitergehende Verringerung der Konsumsteuern.

Wenn Sie die Rückverpflichtungen der Konsumvereine besteuern wollen, dann müssen Sie auch die Rabatte besteuern, die die Kaufleute den Mitgliedern von Rabattvereinen oder Beamtenvereinen gewähren. Sonst schaffen Sie ein Ausnahmengesetz. (Sehr wahr! bei den Soz.), dem wir nie zustimmen werden. Wie sich das Zentrum dazu stellen würde, weiß ich nicht. Die vorgeschlagene Ueberflusseuer brauchen wir in diesem Stadium der Verhandlung kaum zu erörtern, da es sich dabei kaum um mehr als theoretische Fragen handelt. Mir gefällig am besten die von Weissenborn vorgeschlagene, die auf Erhöhung der Progression und eine Weiterentwicklung des Einkommensteuers hinausläuft. Viel Aufhetens macht die Regierung von dem § 17a, wonach bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke in den höheren Stufen 1/2 bezw. 1/3 abgezogen werden soll. In Wirklichkeit wird der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts dadurch nicht geschwächt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Alles Herumtollieren an diesem Wahlrecht hat gar keinen Zweck, das Dreiklassenwahlrecht ist nicht verbesserungsfähig. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn aber die Regierung wirklich die Absicht hat, den plutokratischen Charakter des Wahlrechts zu mildern, warum ist sie dann nicht auf den Vorschlag der Maximierung eingegangen? Es liegt in der Natur des Dreiklassenwahlrechts, daß die beiden ersten Abteilungen eine Verhältnis näherhin dünne Auslese aus der Gesamtzahl der Wähler bildet. So war es bisher und so wird es auch bleiben, und wenn man das Gegenteil behauptet, so zeigt man, daß man die Sache nicht versteht, oder daß man dem Volk Sand in die Augen streuen will. (Sehr Zustimmung bei den Soz.) Ein Wort über

**Die Strafen für Steuerhinterziehung.**

Wir wünschen uns da vollkommen dem an, was die Regierung darüber sagt, daß Steuerdefraudanten schlimmer sind als gewöhnliche Betrüger, weil sie die Gerechtigkeit schädigen. Aber die Gefängnisstrafe ist uns nicht sympathisch, viel besser wäre es, den nichtdeklarierten Teil des Einkommens, bezw. Vermögens zu konfiszieren. (Weiterheit! Auf recht! Das könnte Ihnen in passen!) Die Regierung weiß ja selbst, daß die hinterzogenen Beträge keineswegs gering sind, denn sonst würde sie nicht bereit sein, bis 1913 Generalamnestie zu geben. (Justiz links.)

Wenn wir auch zugeben, daß das Gesetz in einigen Punkten Verbesserungen bedarf, so ist es doch weit entfernt, eine organische Neuordnung des Steuergesetzes zu sein. Wir unterwerfen uns bereit, das Gesetz sozial auszuhalten und den Grundgesetz zur Durchführung zu bringen, daß die Schwachen möglichst schonend und die Leistungsfähigen und Steuerkräftigen entsprechend ihrer Steuerkraft zu höheren Leistungen herangezogen werden. (Sehr Bravo! bei den Soz.)

Morgen, Dienstag, 11 Uhr, Fortsetzung. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**

**Die Wut der Agrarier.**

Die konservative „Neue Niederländische Zeitung“ in Glogau bringt folgendes Interat, auf das im lokalen Teil noch besonders hingewiesen wird:

„Eine Getreidefirma, welche sich öffentlich zur konservativen Partei gehörig erklärt, wird von mehreren Landwirten des Glogauer Kreises zwecks jahrelanger alleiniger Geschäftsverbindung gesucht. Offerten unter Nr. 14073 an die Expedition dieses Blattes.“

Im Wahlkreis Glogau ruffte der konservative Kandidat bei der Stichwahl gegen den Fortschrittler durch. Daher die Wut der Agrarier gegen alles, was ihnen nicht mit Faust und Beeren ergehen ist. Für die im Wahlkampf so oft betonte Mittelstandsfreundlichkeit der Agrarier ist das wieder ein neuer Beleg. Der Mittelstand wird von den Agrariern nur dann unterstützt, wenn er konservativ ist.

**Erblichkeitsverhältnisse in Schlesien.**

Nach dem vom kaiserlichen Gesundheitsamt in Berlin herausgegebenen Veröffentlichungen sind in den Städten und Orten der Provinz Schlesien mit 15,000 und mehr Einwohnern von je 1000 auf Jahr berechnet, im Monat November gestorben: In Glog 10,7, Laurahütte 11,3, Gleiwitz 11,6, Glogau 12,1, Langenbalsau 13,1, Rattowitz 13,2, Reichenbach 14,1, Stritzberg 14,2, Neisse 14,4, Biele 15,1, Altwasser 15,5, Görlitz 15,9, Bismarckhütte 16,1, Giesau 16,1, Zabrze 16,1, Breslau 17,0, Silesianow 17,2, Neustadt O.S. 17,4, Ratibor 17,4, Königshütte 17,4, Grünberg 17,9, Boguslawitz 20,0, Hohenberg 20,7, Bunsau 21,1, Mysłowitz 21,1, Zabrze 21,6, Reichenbach 22,3, Oppeln 23,0, Schwidowitz 23,3, Lipine 23,4, Schweidnitz 23,7 und in Waldenburg 25,3 Personen.

Die Säuglingssterblichkeit war im Monat November v. J. eine beträchtliche, das heißt höher als ein Drittel der Lebendgeborenen in zwei Orten.

**Höhere Cervisklassen.**

Nach den Beschlüssen des Bundesrats vom 18. Januar werden in eine höhere Cervisklasse eingereiht: In Klasse C Hohenberg in Oberschlesien, in Klasse D Scharen, Antonienhütte, Dobref, Charlottenbrunn, Lom, Goldberg in Schlesien, Pohlenhütte und Rosdzin. Viele Wünsche von Beamten aus anderen Städten sind unberücksichtigt geblieben.

**Friedland, 6. Februar.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am letzten Sonntagabend in der hiesigen Papierfabrik. Der vergangene Herbst vom Militär zurückgekehrte Arbeiter August Bürgel wurde von dem niederlaufenden Fahrstuhl zusammengequetscht und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kaum mit dem Leben davon gekommen dürfte. Wie verlautet, funktionierte der Fahrstuhl seit längerer Zeit nicht richtig. Hoffentlich sieht hier die Gewerbeinspektion einmal gründlich nach dem Rechten.

**Sirchberg, 6. Februar.** Schneefall und große Kälte im Riesengebirge. In der Nacht zum Sonntagabend hatte es sehr kräftig weitergeschneit und auch am Sonntagabend selbst schneite es noch mehrfach, so daß auch im Tale Schlittenbahn wurde. Die Sportverhältnisse im Gebirge haben sich bedeutend verbessert und sind jetzt als vorzüglich zu bezeichnen. Dies kam den zahlreichen wintlichen Veranstaltungen, die am Sonntag stattfanden, sehr zu nützen. Der Verkehr zum Kammer war fast härter als in der Position des Sommer.

Leider hat der Sonntag auch einen tödlichen Unfall im Gefolge gehabt. Der 21-jährige Mediziner Reizenbach aus Niederschlesien, der in Berlin studierte, fuhr mit Sätern auf dem Gehäwegewege ab, und zwar auf seiner eigentlichen Sportbahn, sondern auf einer zur Heranführung von Waren angelegten provisorischen Bahn. Dabei fuhr er gegen einen Baum und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Er wurde bemußlos zu Tale gefahren und ins Krankenhaus geschafft, wo er an den Folgen der erlittenen Verletzungen in der Nacht zum Montag verstorben ist.

**Jauer, 6. Februar.** Zum Bau der Kanalisation. Die Kanalisationsangelegenheit, die seinerzeit so großes Aufsehen erregte, wird bei der in kurzer Zeit stattfindenden abermaligen Abhaltung in viel ruhiger Weise beraten werden. Hausbesitzer und Mieter sollen, infolge weiten Entgegenkommens des Polizeiverwalters, sich auf bedeutend billigere Art und Weise der Segnungen der Vollkanalisation erfreuen können, als dies bei Ausführung des Entwurfs vom Jahre 1909 der Fall gewesen wäre. Während damals die Hausbesitzer mit 2 Prozent des Gebäude-Nutzungswertes zu den Kosten herangezogen werden sollten, ist jetzt in Aussicht genommen, nur 1 Prozent zu erheben, und die Mieter nur mit 2 Mk. für jeden bewohnten Raum, anstatt mit 3 Mk. nach dem alten Entwurf, zu belasten. Der Beginn des Baues soll 1914, die Inbetriebnahme der Anlage 1916 erfolgen. Man rechnet mit Bestimmtheit damit, daß die Magistratsvorlage die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung finden wird.

**Münsterberg, 6. Februar.** Zu Tode geurteilt. Nach einer Tautunbarkeit im Gaißhauze zu Mönchshof geriet der Schmiedemeister Herrmann von dort auf der Straße mit mehreren Anketten in Streit, der bald in eine wilde Schlägerei ausartete. F. wurde dabei so arg zugerichtet, daß er bemußlos und blutüberströmt liegen blieb. Er ist an den Folgen der schweren Verletzungen gestorben. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

**Wösten, 6. Februar.** Unfälle bei der Arbeit. Beim Schloßbau in Lössen sind durch den Einsturz einer Wölbung zwei Personen schwer und eine leicht verletzt worden. Das Gemölbe brach infolge ungleichmäßiger Belastung durch. Die unten beschützigen Leute haben den Einsturz noch rechtzeitig bemerkt und sich eiligst entfernt, wodurch ein größerer Unfall verhütet wurde.

**Zanowitz (Posen), 6. Februar.** Der Organist als Eindringler. Kürzlich wurde bei dem Pfarrrer Spymanski in Lindenbrück ein Einbruch verübt. Jetzt ist der dortige Organist als dringend verdächtig festgenommen und dem Amtsgericht Jnin zugeführt worden. Die gestohlenen Silbergeräte sind durch den an der Latore hingehängenen Folienhund aus Kleglo in einem Kaninchenbau der Gemarkung Lindenbrück aufgespürt worden, und konnten dem Bestohlenen wieder zugestellt werden.

**Parteiangelegenheiten.**

**Die Lehren der letzten Reichstagswahl.**

Ueber dieses Thema referierte Genosse Heilmann in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Bezirksvereins Chemnitz-N. Er gab einen Ueberblick über die großen Erfolge der Partei im letzten Wahlkampf, hob aber hervor, daß die Partei in einzelnen Bezirken zurückgegangen sei oder stillgestanden habe, so besonders im ganzen ostelbischen Grenzlandbezirk, in Schleswig-Holstein und Sachsen. Sachsen habe heute das prozentuale Stimmenverhältnis von 1903 noch nicht wieder erreicht. Insbesondere im 16. Kreis hätten 1903 von 100 Wählern 67, 1912 aber nur noch 61 sozialdemokratisch gestimmt. In sämtlichen Wahlkreisen des Chemnitzer Agitationsbezirktes ist, im Vergleich mit 1903, der sozialdemokratische Stimmenanteil gefallen, eine Ausnahme mache nur der 21. Kreis. An einem Vergleich mit den Berliner Stimmengahlen zeigte der Referent, wie dort regelmäßig und unaufhaltsam unser prozentualer Stimmenanteil gewachsen sei. Der sächsische Rückgang erkläre sich daraus, daß die Genossen hier verlernt hätten, für die Partei zu arbeiten. Abgesehen von organisatorischen Ungünstigkeiten des Zentralkomitees und des Bezirkskomitees liege der letzte Grund der mangelnden Entwicklung darin, daß außerordentlich wenige Genossen an der Parteiarbeit teilnahmen und auch die wenigen schon glauben, genug getan zu haben, wenn sie alle halbjährlich einmal beim Flugblattverteilern hülten. Es sei geradezu lächerlich, daß a. B. Hannover doppelt so viel politisch organisierte Arbeiter hätte als Chemnitz. Der Ausbau der Verbände für Organisation und Presse und der Hilfsarbeit müsse im Hinblick auf die kommenden großen Kämpfe sofort Gegenstand ernster Sorge aller leitenden Genossen sein. Der alte Sclendrian: „Wir haben das früher ja auch so gemacht!“ müsse endlich aufhören und Chemnitz die Agitationsmethoden annehmen, die sich in anderen Orten besser bewährt hätten. Noch ehe der Parteitag nach Chemnitz komme, müsse unsere ungeheure Rückständigkeit gegenüber anderen Parteien wettgemacht sein. Eine Diskussion schloß sich

an den Vortrag nicht. Nach einiger Bemerkung des Referenten, Genossen Weber, erreichte die Versammlung ihr

**Ueber faktische und prinzipielle Parteifragen** diskutierte man in Halle a. S. in einer stark besuchten Mitglieder-Versammlung im Volkspark. Nach einem mit Beifall genommenen Referat des Abgeordneten Genossen Ueber über das Thema: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?“ wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der man eruchte, an den ostelbischen Parteigründungen festzuhalten und, wie a. B. bei der Präsidentenfrage, die Verpflichtung zu höchsten Zeremonien strikte abzulehnen. Dann beschloß sich die Versammlung in einer ausgedehnten sachlichen Diskussion mit den Stichwahlenmachungen zwischen Parteivorstand in Berlin und den Fortschrittlichen. Die meisten Redner waren von dem Abkommen nicht sehr erbaud und meinten, der Parteivorstand habe den Fortschrittler ein zu gehendes Entgegenkommen gezeigt; es sei notwendig, daß die Sache klarheit geschaffen, gesprochen und geschrieben werde. Einige Redner erkannten jedoch an, daß unser Parteivorstand bei dem Abkommen sehr geschickt operiert habe und Anerkennung verdiene. Bemerk sei, daß diese große Mitgliederversammlung länger Zeit die erste war, die wieder einmal ohne polizeiliche Bewachung stattfand. Der mit zäher Ausdauer geführte Kampf gegen das unerbittliche Ueberwachungs-system ist demnach ohne Erfolg gewesen.

**Glückwunsch zum Wahlsieg.** Aus Mexiko ist dem Parteivorstande noch folgender Glückwunsch der dortigen Genossen zugegangen: „Die mexikanische sozialistische Partei gratuliert der deutschen sozialdemokratischen Partei zu ihrem Siege bei den Reichstagswahlen herzlich. Der Sieg ist nicht nur ein Sieg für deutsche Sozialdemokratie, sondern für den internationalen Sozialismus und für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit für Deutsche, die ihr mit so vieler Geduld und Energie gearbeitet, sehr nun Euer Werk gekrönt, und stützt und mußigt dadurch die sozialistische Partei der anderen Länder, und besonders eine so schwache und kleine Partei wie die unsere. Landes braucht Erneuerung und ein großes Beispiel. Sollte beglückwünschen wir Euch zu Eurem Teilsiege. Hoffen Euch bald zu Eurem vollständigen Triumphe beglückwünschen zu können.“

Das Zentralkomitee der mexikanischen sozialistischen Partei.

**Arbeiterbewegung.**

**Wohnpreise und Vergarbeiterlöhne.** Nach einer telegraphischen Mitteilung der „Königlichen Zeitung“ haben die Verarbeiteten Verein und der Forderungenverband auf dem Kongress in Breslau angeschlossenem Forderungen schreiben erwidert, in dem die Forderungen zu einer Neuregelung veranlaßt werden sollen. Wie bei einem Inkassoreisen der erhöhten Kostenpreise am 1. April über eine allgemeine Erhöhung der Vergarbeiterlöhne denks. Der telegraphischen Mitteilung ist beigefügt, daß die Absicht ist, ungefahr die Hälfte des durch die Preiserschöpfung von den Forderungen erteilten Mehrgewinns zur Aufbesserung der Vergarbeiterlöhne zu verwenden.

**Briefkasten.**

**H. Hohenzollernstraße.** Wenden Sie sich an die städtische Waisen- und Kinderfürsorgeamt auf dem Ritterplatz, P. 2, Rattowitz. Schreiben Sie nochmals an die Polizei nicht das nichts, so lassen Sie sich eine neue Karte ausstellen.

**G. 100.** 1. Ueberrimmt die Landes-Vericherungsanstalt das Teilverfahren, dann trägt sie auch die Kosten; lehnt sie ab, so muß die Gemeinde für den mittellosen Kranken sorgen. 2. Die Unfälle kann das Teilverfahren beliebig oft übernehmen, sie ist darin an keine einschneidende Vorchrift gebunden. **W. Beuthen O.S.** Die Verjährung tritt in diesem Falle in 2 Jahren ein; die Frist beginnt mit dem Tage, wo das Urteil rechtskräftig geworden ist.

**E. Vergstraße.** Wegen den Art zu klagen, hat keine Zweck; damit erreichen Sie nichts. Beantragen Sie die Bewilligung der Rente.

**R. B.** Der Sohn des Mitgliedes war als Gast anwesend. Jeder Verein hat das Recht, zu seinen Sitzungen Gäste einzuladen. Der Wachtmeister hat gar keinen gesetzlichen Grund, das zu verbieten.

**S. Neuborfstraße.** Wegen dieser Versammlung müssen Sie sich an dem Verband wenden.

**W. A. Bierumstraße.** Ihr Kollege von der Brandenburgerstraße hat die Zeitung von gestern, Montag, an erhalten. Expedition der „Volkswacht“.



**Hier** Der Nachbar steht der Mann, Der befriedigt laden kann. Dem er weiß es schon seit Jahren, Wie man sehr viel Geld kann sparen, Hört seinen Wahnpruch an: Nur das Gute bricht sich Bahn!!! Gut und dauerhaft. **Sei faul Sei fol** ist die echt. Kaufmännischer Arbeiter-Kaufmann. Anzüge mit nebenstehender Schutzmarke. Zu haben bei: **Wilhelm Langer, Grabschauerstr. 18** und **Adolf Rohmuts Nachf.,** Friedrich-Wilhelm-Str. 11. Refer der Volkswacht erhalten 4% Rabatt.

**Günther & Otto** Rohtabakhandlung **Breslau, Reuschestr. 5** (Nieboldpassage.)